Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2–5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 46 | **Berlin, den 14. November 1931** | **6. Jahrgang**

Kampfansage gegen die Weltkrise

Die Krise wütet unter allen Breiten und Längen des Erdballs, — eine wahrliche Weltkrise! Was bedeutet aber für uns die Feststellung, daß die Not, unter deren Druck wir leben, ein Teil der Weltkatastrophe ist? Es ist keine Mahnung zum Abwarten bis die Krise sich von selbst aufhebt. Vielmehr ist es ein Ruf zur größeren Aktivität auf dem Gebiete der Weltwirtschaftspolitik, wo allein der Ausweg aus der allgemeinen Not zu suchen ist.

Trotz der gespannten internationalen Lage und des erschütterten Vertrauens der Völker zueinander, ist nach meiner Ueberzeugung eine internationale Aktion gegen die Weltkrise möglich; sie kann auf Erfolg rechnen, da es sich hier im wesentlichen um Aufgaben handelt, denen gegenüber die Interessen sämtlicher Länder solidarisch sind.

Zwei Vorgänge sind für die heutige Krise kennzeichnend: Der noch nicht dagewesene Preissturz auf dem Weltmarkt und die Massenarbeitslosigkeit. Die Preise auf dem Weltmarkt sind seit dem Jahre 1929 im Durchschnitt etwa um 30 bis 35 Proz. gesunken, das Arbeitslosenheer hat die Stärke von etwa 25 Millionen Menschen (nur in den Ländern des europäisch-amerikanischen Kulturkreises) erreicht. Die beiden Vorgänge sind eng miteinander verbunden. Der Preissturz macht die weitere Produktion unrentabel und führt zur Vermehrung des Arbeitslosenheeres. Die zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet ihrerseits das Zusammenschrumpfen der Kaufkraft der Bevölkerung und die Schmälerung des Binnenmarktes, was das Preisniveau immer weiter herabdrücken muß. Die beiden Vorgänge vereinigen sich im Lohnabbau: mit den sinkenden Preisen steigt der Druck auf die Löhne seitens der Arbeitgeber, mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit vermindert sich die Widerstandskraft der Arbeiterschaft.

Freilich müssen wir gegen die Wucherpreise der Kartelle, die Ausplünderung der Verbraucher zugunsten der Großagrarier durch die Zölle, die übermäßige Handelsspanne u. a. m. auftreten, dies bedeutet aber nicht, daß die Arbeiterschaft das geringste Interesse an der allgemeinen Preissenkung hat, mit der in der Regel eine weit stärkere Lohnsenkung verbunden ist. Nur in den Jahren der Inflation sank der Reallohn mit den inflationistisch emporeilenden Preisen. Seither haben wir aber anderes gelernt: in den Jahren 1924 bis 1929 waren die Preise im Aufstieg begriffen, die Nominallöhne stiegen aber noch schneller an, der Reallohn nahm zu; seit 1930 sinken die Preise, das Arbeitseinkommen geht aber viel schneller als die Lebenshaltungskosten zurück, der Reallohn vermindert sich.

Die allgemeine Preissenkung wird häufig nur als eine Folge der Krise dargestellt. Dies ist ein Irrtum: vielmehr ist sie gleichzeitig eine Folge der Depression und eine Ursache der weiteren Verschärfung der Krise. Die allgemeine Preissenkung ist nämlich mit der Verteuerung des Geldes (bzw. des Goldes) gleichbedeutend. Seit Jahr und Tag geht unaufhaltsam die Aufwertung des Geldes vor sich und die Auswirkung dieses Vorganges in der Weltwirtschaft liegt auf der Hand.

Die kapitalistische Produktion beruht auf dem Kredit, — es werden stets Verpflichtungen aufgenommen, die in einer bestimmten Frist erfüllt werden müssen. Bei den dauernd sinkenden Warenpreisen wird jedesmal die beim höheren Preisstand abgeschlossene Vereinbarung mit teurer, schwerer gewordenem Geld erfüllt. Die Schuldner werden auf diese Weise systematisch zugunsten der Gläubiger enteignet (genau so wie bei der inflationistischen Preissteigerung die Gläubiger zugunsten der Schuldner enteignet werden). Dies übt eine verhängnisvolle Wirkung auf die Produktion aus: auf jeden Betrieb, der mit dem fremden Geld arbeitet, wird immer wieder eine neue Last aufgebürdet, die er bei der Aufnahme von Schulden nicht voraussehen konnte. Die Rentabilität der Betriebe wird gefährdet und kann durch keinen Lohnabbau gerettet werden. Mit der Verminderung der Rentabilität des Betriebes geht aber sein Kapitalwert zurück. Dies tritt im Zusammenbruch der Aktienkurse in Erscheinung: die Aktienkurse sind in den letzten Monaten in der ganzen Welt um 50 Proz. und mehr zurückgegangen. Die Sparer, die ihr Geld produktiv angelegt hatten, haben etwa die Hälfte ihres Vermögens verloren. Das Gesetz der kapitalistischen Produktion wird auf diese Weise auf den Kopf gestellt: das produktiv angelegte Geld wirft keinen Gewinn mehr und wird der Gefahr der Verpulverung ausgesetzt, während das brachliegende, gehamsterte Geld mit jedem Monat an Kaufkraft gewinnt. Das Geld hört auf, sich in Kapital zu verwandeln, es entsteht die Flucht aus den Sachwerten, — die Welt schwimmt im Geld und im Gold, sie nehmen aber die Form des Kapitals nicht an.

Es kam nun noch das internationale Mißtrauen hinzu, daß die Zerrüttung des gesamten Kredit- und Geldsystems der Welt vollendet hat. Aber ohne die Bedeutung des politischen Faktors zu unterschätzen, darf man sehr stark daran zweifeln, ob irgendwelche politische Deklarationen der Regierungen neue nennenswerte Investitionsmöglichkeiten schaffen und Kapitalien flüssig machen können, solange der Preissturz, d. h. die Entwertung der Kapitalanlagen und Aufwertung des brachliegenden Geldes und der Schulden andauert.

An einer anderen Stelle habe ich berechnet, was die Völker durch die jetzige Weltkrise verloren haben: bis Ende 1931 wird der Ausfall an Produktion etwa 150 Milliarden RM erreicht haben!

Die Aufgabe der Weltwirtschaftspolitik im Kampf gegen die Weltkrise ist klar: sie muß versuchen, den Preissturz auf dem Weltmarkt zum Stillstand zu bringen und das allgemeine Preisniveau auf einem vernünftigen Stand (etwa demjenigen von 1928/29) zu stabilisieren.

Wie ist dies zu erreichen? Die Preise stürzen, weil die kaufkräftige Nachfrage hinter dem Angebot der Waren zurückbleibt. Bis jetzt wurde dieses Diskrepanz durch die Drosselung der Produktion ausgeglichen, was immer wieder zum weiteren Zusammenschrumpfen der Kaufkraft und zum neuen Preissturz führte. Die richtige Lösung ist in einer anderen Richtung zu suchen: es muß eine neue Kaufkraft, eine zusätzliche Nachfrage ins Leben gerufen werden und in den Kreislauf der Weltwirtschaft, möglichst gleichmäßig an verschiedenen Stellen, eingeschaltet werden.

So lauten u. a. auch die Empfehlungen des Ausschusses, der von der britischen Regierung gebildet war und im Sommer seinen Bericht veröffentlicht hat (Macmillan-Bericht). Die namhaftesten Nationalökonomen, Finanzleute, Industriellen und Gewerkschaftsführer Englands waren in dieser Richtung einig. Und ich glaube, daß sie den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Die Aktion gehört zum Gebiet der internationalen Kredit- und Geldpolitik. Es handelt sich hier um eine Vereinbarung der Notenbanken über eine planmäßige Erweiterung des Volumens der Kredite (was auch eine entsprechende internationale Erweiterung des Geldumlaufes erfordert).

Ueber die beste Form der Verwertung der zu schaffenden neuen Mittel sind verschiedene Meinungen möglich. Ich glaube, daß die beste Lösung des Problems durch die internationale Arbeitsbeschaffung geboten wird. Hand in Hand mit der Aktion gegen den Preissturz muß der unmittelbare Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor sich gehen. Auf diese Weise wird die Fehlleitung der neugeschöpften Kredite vermieden und der Warenmarkt für die Entfaltung der privaten Initiative (auf Grund der Belebung der vorhandenen „eingefrorenen" Kapitalien) freigehalten. Die neue Kaufkraft wird von der Verbraucherseite her (Löhne) in den wirtschaftlichen Kreislauf eingepumpt.

Bei der Verwirklichung dieses Planes müßten die bekannten Empfehlungen des Goldausschusses des Völkerbundes berücksichtigt werden, die darauf hinauslaufen, daß die leitenden Notenbanken der Welt gemeinsam gegen den Preissturz auf dem Weltmarkt auftreten müssen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, will ich hier das allgemeine Schema der Aktion präzisieren.

Das Ziel der Aktion: nicht nur den Erwerbslosen neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen, sondern zugleich einen neuen Auftrieb der Weltwirtschaft zu geben, den Depressionsfaktoren entgegenzuwirken.

Die Methode: aktive Weltwirtschaftspolitik, deren Angelpunkt die internationale Arbeitsbeschaffung auf Grund der internationalen Kreditschöpfung bildet.

Die Verwirklichung: Die Notenbanken der Welt müssen sich, gemäß den Empfehlungen des Geldausschusses des Völkerbundes, über eine gemeinsame Aktion verständigen. Auf Grund der allgemein vereinbarten Herabsetzung der Golddeckung müssen sie erforderliche Mittel mobil machen, die einer zentralen Stelle (z. B. Baseler Bank für Internationale Zahlungen) zugeführt werden. Von hier aus werden den notleidenden Ländern billige Arbeitsbeschaffungskredite eröffnet. Ein Ausschuß, in dem auch die Arbeitnehmervertreter teilnehmen müssen, wird über die Verteilung der Kredite entscheiden und eine allgemeine Kontrolle über die von den einzelnen Ländern vorgenommenen öffentlichen Arbeiten ausüben. Diese Arbeiten müssen allgemein nützliche Werte schaffen (Straßen- und Kanalbau, Ausbau des elektrischen Netzes in den zurückstehenden Ländern, Bodenamelioration, Wohnungsbau u. ä. m.), sie dürfen aber nicht neue Produktionsanlagen aufrichten, deren Ueberkapazität neue Krisengefahr heraufschwören könnte.

Ich glaube, daß zur Zeit, wo alle Länder unter Preissturz auf dem Weltmarkte und Massenarbeitslosigkeit leiden, wo jedes Land an die Arbeitsbeschaffung denkt und jedes sieht, wie schwer sich dieses Problem im Rahmen einzelner Volkswirtschaften lösen läßt, in unserer Zeit stellt dieser Plan keine Utopie dar. Freilich werden dadurch die Disproportionalitäten und Gegensätze der Weltwirtschaft nicht beseitigt, die Krise wird nicht endgültig besiegt. Es werden aber bessere Bedingungen für den wirtschaftlichen Aufschwung sowie für die weitere Arbeit an der Ueberwindung der wirtschaftlichen Anarchie und der Behauptung neuer, höherer Wirtschaftsformen geschaffen.

Wl. Woytinsky

Neuregelung der Krisenunterstützung

Durch seine Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 28. Oktober 1931 hat der Reichsarbeitsminister die Krisenunterstützung (Krn.) neu geregelt.

Aus dieser Regelung ergibt sich für die Arbeitslosen nun folgende Rechtslage:

a) Wer hat Anspruch auf Krn.?

Einen Anspruch hat nur der bedürftige, in der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuerte Arbeitslose.

b) Anrechnung eigenen Einkommens des Arbeitslosen auf Krn.

Hat der Arbeitslose eigenes Einkommen, so ist es insoweit auf die Krn. voll anzurechnen, als es in einer Kalenderwoche 20 Proz. des Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in der gleichen Kalenderwoche einschließlich der Familienzuschläge an Krisenunterstützung erhalten würde.

Dem Arbeitslosen mit vier zuschlagsberechtigten Angehörigen, der wöchentlich eine Krn. in Höhe von 10,80 RM erhält, wird alles das auf die Krn. angerechnet, was er über 2,06 RM wöchentlich an eigenem Einkommen bezieht.

Uebrigens kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes den Betrag, der nicht auf die Krn. angerechnet wird, für bestimmte Berufe pauschal festsetzen.

c) Anrechnung des Einkommens Angehöriger des Arbeitslosen auf Krn.

Das Einkommen von Angehörigen des Arbeitslosen wird auf seine Krn. in der Weise angerechnet, als der Betrag freizulassen ist, der den persönlichen und örtlichen Verhältnissen entspricht. Dieser Betrag darf 20 RM in der Kalenderwoche nicht übersteigen. Unterhält der betreffende Angehörige auf Grund einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht noch andere Personen ganz oder vorwiegend, so erhöht sich der Betrag von 20 RM in der Kalenderwoche für jede dieser Personen um weitere 10 RM.

Zu beachten ist hierbei jedoch, daß der Arbeitslose selbst hierbei ausscheidet. Infolge dieser Bestimmung ist der Arbeitslose verpflichtet, jede Aenderung seines oder des Einkommens seiner Angehörigen ohne besondere Aufforderung dem zuständigen Arbeitsamt sofort anzuzeigen.

Bei Unterlassung dieser Anzeige muß er den etwa zuviel erhaltenen Betrag zurückerstatten.

d) Welche Bezüge sind anrechnungsfrei?

Auf die Krn. werden nicht angerechnet:

1. Bezüge, die der Arbeitslose oder seine Angehörigen auf Grund eigener Vorsorge (Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften usw.) erhält.

2. Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, sind insoweit anrechnungsfrei, als sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen. Es ist also die Höhe der Entschädigung als auch der Umfang des Aufwandes entscheidend.

Erhält z. B. der nebenamtliche Gemeindevorsteher eines Dorfes monatlich eine Entschädigung von 60 RM, so ist festzustellen, welche Ausgaben ihm für die Gestellung eines Raumes, Heizung, Licht, Schreibmaterial usw. erwachsen.

Es ist auch zu prüfen, ob und inwieweit der Arbeitslose durch dieses Ehrenamt verhindert wird, in seinem Hauptberuf wöchentlich 48 Stunden zu arbeiten.

3. Die Leistungen der Wochen- und Familienhilfe.

Es kommt hier das Wochen- und Stillgeld (§§ 195 a, 205 a RVO.) in Frage.

4. Uebergangsrente nach § 5 der 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929.

Es ist dieses die Rente, die dem Versicherten gewährt wird, der an einer Berufskrankheit leidet und auf Anraten der Berufsgenossenschaft seine bisherige Beschäftigung in dem der Verordnung unterliegenden Betriebe aufgibt.

5. Pflegezulage, Führerhundzulage und Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz und Pflegegeld aus der Unfallversicherung.

Es sind dies u. a. die Bezüge, die denjenigen gewährt werden, die so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bestehen können.

6. Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht.

e) Kann die Verwertung von Vermögen gefordert werden?

Wenn die Verwertung von Vermögen des Arbeitslosen für ihn oder einen seiner Angehörigen eine unbillige Härte bedeuten würde, oder offenbar unwirtschaftlich wäre, dann darf die Verwertung nicht verlangt werden. Die Lebenshaltung des Arbeitslosen ist dabei zu berücksichtigen. Des weiteren dürfen kleinere Vermögen, insbesondere Spargroschen, angemessener Hausrat oder ein Hausgrundstück, das der Arbeitslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt, für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden.

f) Wann kann die Krn. versagt werden?

Wenn die Krn. auch nach den vorerwähnten Bestimmungen zu gewähren wäre, so ist sie jedoch ganz oder teilweise zu versagen, wenn die persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen die Annahme rechtfertigen, daß er einer Unterstützung nicht bedarf.

Die Unterstützung kann auch dann versagt werden, wenn die besonderen Verhältnisse des Unterstützungsortes es rechtfertigen.

Wird in diesem Falle die Krn. teilweise versagt, so muß der dem Arbeitslosen verbleibende Betrag zumindest den Satz der öffentlichen Fürsorge erreichen.

Bei dieser Prüfung — ob die Krn. ganz oder teilweise zu sagen ist — werden die sonst anrechnungsfreien Beträge nicht berücksichtigt.

g) Wie hoch sind die Sätze der Krn.?

Für die Bemessung der Krn. gelten die Sätze nach § 107 in Verbindung mit den §§ 105, 106 und 107a AVAVG. mit der Maßgabe, daß für die Arbeitslosen, die nach dieser Berechnung den Lohnklassen V bis XI der Unterstützungstabelle für die Arbeitslosenunterstützung angehören, folgende Sätze zur Auszahlung kommen:

a) Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt der Sätze der Lohnklasse VI die der Lohnklasse V, statt der Lohnklassen VII und VIII die der Lohnklasse VI und statt der Lohnklassen IX bis XI die der Lohnklasse VIII. Das gilt auch für die Familienzuschläge.

b) Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige erhalten statt der Lohnklassen V und VI die Sätze der Lohnklasse IV, statt der Lohnklassen VII und VIII die der Lohnklasse V und statt der Lohnklassen IX bis XI die der Lohnklasse VI.

h) Wann wird die Kru. überhaupt nicht ausgezahlt.

Wenn nach Abzug aller anrechnungsfähigen Bezüge auf die Woche ein geringerer Betrag als 0,50 RM entfallen würde, dann erfolgt eine Auszahlung überhaupt nicht. Im übrigen ist bei der Auszahlung der Kru. auf den nächst höheren oder minderen durch 5 teilbaren Betrag abzurunden.

i) Die Dauer der Kru.

Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung (Alu.) und der Kru. beträgt zusammen 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Kru. für weitere 18 Wochen gewähren, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Diese Arbeitslosen erhalten dann Alu. und Kru. zusammen 71 Wochen hindurch.

Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die Bezugsdauer für alle Kru.-Empfänger auch verkürzen, wenn es die Lage des Arbeitsmarktes oder die örtlichen Verhältnisse es geboten erscheinen lassen.

j) Wann tritt die Verordnung in Kraft?

Die Verordnung tritt am 9. November 1931 in Kraft und sind ihre Vorschriften auf schon laufende Kru. spätestens ab 4. Januar 1932 anzuwenden.

Jos. Milewczek-Hannover.

Die Unterstützungskürzung der Wohlfahrtsempfänger

Dem seit Jahren von den Unternehmern gegen die Sozialpolitik geführten Kampf fallen nunmehr auch durch Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung die Aermsten der Armen zum Opfer. Die Fürsorgeunterstützung der Sozial- und Kleinrentner sowie der Wohlfahrtserwerbslosen muß auf Grund neuer Notverordnungen um 12 Proz. herabgesetzt werden. Bei der Arbeitslosenunterstützung haben die Unternehmerverbände die rechtzeitige Beitragserhöhung, die notwendig geworden war, abgelehnt und ferner durchgesetzt, daß Reichszuschüsse für die Alu nicht mehr gewährt werden. Die Folge dieser planmäßigen Abbaupolitik waren die Verhinderung der rechtzeitigen Sanierung der Reichsanstalt und somit die starke Kürzung der Alu- und Krisenunterstützungssätze sowie sonstige wesentliche Verschlechterungen. Das gleiche Bild sehen wir jetzt bei der Wohlfahrtsfürsorge. Trotz aller Mahnungen der Gewerkschaften und Gemeindeverbände, durch Schaffung einer die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger umfassenden Reichsarbeitslosenfürsorge die Mittel für diesen Personenkreis durch entsprechende Anteile des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu sichern, hat die Reichsregierung, gehemmt durch die Einsprüche der Sozialreaktionäre aller Schattierungen, in dieser Frage keinen entscheidenden Schritt getan. Die Gemeindehaushalte haben im Rechnungsjahr 1931 nach den Schätzungen des deutschen Städtetages für 1250 Millionen Wohlfahrtserwerbslose etwa 875 Millionen Reichsmark und als Anteil zur Krisenfürsorge 165 Millionen Reichsmark, zusammen für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge eine Summe von 1040 Millionen Reichsmark aufzubringen. Durch die Wirtschaftskrise haben die Gemeinden an Mindereinnahmen, an Steuern und Werkserträgen 740 Millionen Reichsmark in diesem Jahre zu erwarten. Die Verzinsung von Anleihen sowie sonstige Ausgaben erfordern 110 Millionen Reichsmark mehr als im Vorjahre. Diesen 1850 Millionen Reichsmark Mehrausgabe stehen nur 1100 Millionen Reichsmark gegenüber, die durch Gehaltssenkung und Notverordnungssteuern (Bürger-, Bier- und Getränkesteuern) sowie sonstige Sparmaßnahmen erzielt werden. Die Gemeindehaushalte haben daher bis zum Schluß des Rechnungsjahres mit einer Vermehrung ihrer aus den Jahren 1929/30 schon vorhandener Fehlbeträge von 500 Millionen Reichsmark um weitere 750 Millionen Reichsmark mit Bestimmtheit zu rechnen. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die Gemeinden zur Zeit so gut wie keine Möglichkeit haben, langfristige Anleihen aufzunehmen und auch mit Ausnahme der Bürgersteuer und Biersteuer, soweit dieselben das Dreifache des Landesfaches nicht bereits erreicht haben, sich Einnahmemöglichkeiten nicht schaffen können, so kann man, falls nicht bald die Reichshilfe einsetzt, den Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit verschiedener Gemeinden schon jetzt errechnen.

Mit der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 hat die Reichsregierung die Länder verpflichtet, die Länder- und Gemeindehaushalte in Ordnung zu bringen. Die preußische Regierung hat nun zur Durchführung dieser Ermächtigung am 12. September 1931 eine Sparverordnung erlassen. Dieselbe bringt neben der Einschränkung der Personalausgaben, der Ausgaben für Lehrpersonen, eine weitere Kürzung der Gehälter der Bürgermeister und Stadträte sowie eine generelle Einschränkung der Wohlfahrtsausgaben. In einem Rundschreiben der preußischen Minister des Innern und der Finanzen wird über die Einschränkung der Wohlfahrtsausgaben u. a. folgendes gesagt: „Aehnlich wie es bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge geschehen ist, muß nunmehr auch bei den Wohlfahrtsausgaben, soweit dieses nicht bereits in der Zwischenzeit durchgeführt worden ist, eine Senkung des tatsächlichen Aufwandes und der Richtsätze durchgeführt werden." Es wird dann angeordnet, daß die Richtsätze nach dem Stande vom 1. Juli 1930 mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab in dem Verhältnis zu senken sind, in dem der Lebenshaushaltungsindex vom März 1929 bis zum August 1931 gesunken ist. Sind bereits in der Zeit zwischen dem 1. März 1929 und dem 1. Juli 1930 Senkungen vorgenommen worden, so gilt als Ausgangspunkt für die Senkung der Richtsatz vor der ersten Senkung. Eine Verpflichtung, unter den Richtsatz vom 1. September 1926 zu senken, besteht nur, soweit der damalige Richtsatz über den Richtsätzen von Bezirksfürsorgeverbänden gleichen wirtschaftlichen Aufbaues lag. Waren dagegen die Richtsätze vom 1. September 1926 wesentlich niedriger als die Richtsätze von Bezirksfürsorgeverbänden gleichen wirtschaftlichen Aufbaues, so braucht die Senkung nur bis auf die Höhe dieser Sätze erfolgen. Neben der Herabsetzung der Richtsätze wird unbedingt verlangt, daß auch der tatsächliche Aufwand für den einzelnen Unterstützungsempfänger herabgesetzt wird. Soweit ein besonderer Lebenshaushaltungsindex nicht einwandfrei ermittelt ist, ist der Reichsindex für die Gesamtlebenshaushaltung einschließlich Wohnungskosten anzuwenden. Dieser betrug im April 1929 153,6, im August 1930 134,9. Die Senkung der Richtsätze und des Unterstützungsaufwandes hat demnach um rund 12 Proz. zu erfolgen. Nach dieser Verordnung sind also ab 1. Oktober 1931 alle Wohlfahrtsunterstützungen der Sozial- und Kleinrentner, der Wohlfahrtserwerbslosen und der übrigen, in der allgemeinen Fürsorge stehenden Personen, soweit nicht bereits im letzten Jahre geschehen, um 12 Proz. zu kürzen. Auf Invalidenrentner, die von einem Wohlfahrtsamt eine zusätzliche Sozialrente nicht erhalten, findet diese Verordnung keine Anwendung.

Die Durchführung der Kürzungsmaßnahmen ist den Verwaltungsorganen der Bezirksfürsorgeverbände (Magistrate, Kreisausschüsse, Oberbürgermeister von Berlin usw.) übertragen worden. Jede Mitwirkung der Vertreterkörperschaften (Stadtverordnetenversammlung, Gemeindevertretung, Kreistag) wird durch die genannte Verordnung ausdrücklich gesetzlich ausgeschlossen.

Falls die Verwaltungsorgane der Bezirksfürsorgeverbände die vorgeschriebene Senkung nicht rechtzeitig vornehmen, sind die Regierungspräsidenten ermächtigt, die Senkung ihrerseits zu verfügen. Vor der Senkung sollen die Vertreter der Hilfsbedürftigen gemäß § 18 der Ausführungsbestimmungen über die Fürsorgepflicht gehört werden. Welchen Wert dieses Anhörungsrecht überhaupt noch hat, nachdem die generelle Herabsetzung durch Notverordnung diktiert worden ist, das wollen wir den Verfassern dieser Notverordnungen überlassen. Wenn weiter in der Verordnung gesagt wird, daß durch diese Maßnahme das notwendige Existenzminimum gewährleistet werden muß, so muß darauf erwidert werden, daß schon die bisherigen Richtsätze der Wohlfahrtsfürsorge nur den notwendigen Lebensbedarf des Hilfsbedürftigen deckte. Und dazu gehören nach den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge, der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Pflege, Krankenhilfe zur Wiederherstellung der Arbeitstätigkeit, Hilfe für Schwangere und Wöchnerin, sowie bei Minderjährigen Erziehung und Erwerbstätigkeit. Die Fürsorge soll ferner rechtzeitig einsetzen und muß der Notlage nachhaltig entgegenwirken und zu verhüten suchen, daß vorübergehende Not zu dauernder wird. Die Gewerkschaftsvertreter haben die Möglichkeit, im Rahmen der Fürsorgepflichtverordnung bei den Gemeinden durchzusetzen, daß besonders in den Wintermonaten neben der gesenkten Barunterstützung den Hilfsbedürftigen, insbesondere den Wohlfahrtserwerbslosen, deren Erhaltung der Arbeitskraft Pflicht des Fürsorgeverbandes ist, Sondermaßnahmen für die Wintermonate durchgeführt werden. Dazu gehören die Zurverfügungstellung verbilligter Brennstoffe, die Einrichtung von Volksküchen. Empfehlenswert ist, daß dem Beispiel Berlins und verschiedener sächsischer Städte gefolgt wird, daß für die Erwerbslosen Sonderpreise für Brot, Kartoffeln und sonstige wichtige Lebensmittel zwischen den Produzenten und Gemeinden vereinbart werden.

Von der Reichsregierung ist auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Einstellung nicht zu erwarten, daß sie allgemein merkliche Preissenkungsmaßnahmen durchführt. Daher muß durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsvertreter mit den Gemeinden versucht werden, alles das durchzuführen, was nach Lage der ungünstigen Situation möglich ist.

P. G., OMR.

Die Heimarbeit in Deutschland

VI.

Die Heimarbeit ist in Hessen, abgesehen vielleicht von dem Aufsichtsbezirke Offenbach, nur von verhältnismäßig geringem Umfange. Im ganzen sind in Hessen im Jahre 1928 gleich 4172 Heimarbeiter beschäftigt gewesen. Die Berufszählung 1925 hat 6398 Berufszugehörige und 3216 berufstätige Heimarbeiter festgestellt. Demnach sind die berufstätigen Heimarbeiter seit dem Jahre 1925 gestiegen. Nach dem Bericht der Gewerbeaufsicht gab es 1928 im Aufsichtsbezirk Darmstadt 443 Heimarbeiter, die für die Konfektions- und Textilindustrie tätig waren. Im Aufsichtsbezirk Gießen waren 353 Heimarbeiter als Weber für Textilstoffe, in der Papierwaren-, Portefeuille-, Zigarren- und Konfektionsindustrie tätig.

Der Aufsichtsbezirk Mainz stellte 359 Heimarbeiter fest, die ausschließlich für Kleiderfabriken arbeiteten. Umfangreicher ist die Heimarbeit im Aufsichtsbezirk Offenbach anzutreffen. 1928 wurden 2697 Heimarbeiter festgestellt, die in der Eisen-, Stahl- und Metallwaren-, der Zelluloidwaren- [illegible] Kosmetiken-, Kartonnagen-, Lederwaren-, Kautschuk-, [illegible]bein-, der Zigarrenindustrie und im Bekleidungsgewerbe tätig waren. Der Aufsichtsbezirk Worms stellte 1928 320 Heimarbeiter fest, die für Konfektionsgeschäfte in [illegible] Mannheim und Ludwigshafen arbeiten. Die Löhne sind teilweise tariflich geregelt.

Die Heimarbeit im Hamburger Staatsgebiet beschränkt sich auf die Tabak- und Bekleidungsindustrie. Die Berufszählung 1925 hat 3569 berufszugehörige Heimarbeiter festgestellt. Davon waren zur selben Zeit 2092 berufstätig.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsicht 1928 ist der Beschäftigungsgrad der Zigarrenhausarbeiter zurückgegangen, weil die Hamburger Zigarre wegen ihres hohen Preises nur noch geringen Absatz hat. Auch Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie klagten über Mangel an Arbeit. Einige größere Firmen gaben die Heimarbeit nach Berlin, weil sich die Anfertigung in Hamburg angeblich zu teuer stellte. Für die Bezahlung der Heimarbeiter sind folgende Durchschnittsstundenverdienste ermittelt: in der Gummimäntelherstellung gleich 75 Pf., in der Damen- und Kinderschneiderei = 48 Pf., in der Wäscheschneiderei = 40 Pf. In der Herrenkonfektion wurden die tariflichen Stücklöhne gezahlt. Bei den männlichen Heimarbeitern ist die Arbeit als Haupterwerb anzusprechen, während sie bei den Heimarbeiterinnen überwiegend Nebenerwerb ist.

Im Staatsgebiet Braunschweig ist die Heimarbeit gering. Sie erstreckt sich auf die Wäschekonfektion, die Konserven-, die Zigarren- und die Textilindustrie. Die Berufszählung 1925 stellte 854 Heimarbeiter fest. Es sind allerdings nicht inbegriffen die Zahlen derjenigen Heimarbeiterinnen, die im Sommer vorübergehend mit Reinigen und Spülen von Gemüse zu Konservierungszwecken beschäftigt sind. Die Löhne für die Heimarbeit in Braunschweig sind in der Regel tariflich geregelt. Unterbezahlung ist trotzdem festgestellt.

Die Heimarbeit in Anhalt erstreckt sich auf Stanzen von Blechformen für Spielzeug; Herstellung von Fiebertermometern; Bearbeiten von Zelluloidwäsche, Zahnbürsten und Haarschmuck; Herstellung von Feuerwerkskörpern; Knopfhäkelei; Bewickeln von Leitungsschnur; Tütenkleberei; Herstellung von Papierblumen; Herstellung von Bürsten; Herstellung von [illegible]; Herstellung von Herren-, Damen- und Wäschekonfektion. Die Berufszählung 1925 hat 555 Heimarbeiter [illegible]. Die Entlohnung lehnt sich z. T. den Betriebslöhnen an, [illegible] ist sie willkürlich.

In Schaumburg-Lippe sind etwa 90 Personen für die Kleider- und Wäscheanfertigung sowie 10 für die Zigarrenherstellung tätig.

Die Heimarbeit im Staatsgebiet Bremen erstreckt sich in der Hauptsache auf die Tabak- und die Bekleidungsindustrie. Die Berufszählung 1925 zählte 675 berufszugehörige Heimarbeiter. Davon waren 356 berufstätig. In den letzten Jahren soll die Heimarbeit in Bremen zurückgegangen sein.

Die Heimarbeit in Württemberg erstreckt sich in der Hauptsache auf die Metall-, elektrotechnische, Textil-, Papier-, Holz-, Spielwaren- und Bekleidungsindustrie. Die beschäftigten Heimarbeiter wurden bei der Berufszählung 1925 mit 8555 Personen angegeben. Die Zahl der berufszugehörigen Heimarbeiter mit 10 246.

Die älteste in Württemberg ansässige Heimindustrie ist die Leinenweberei in Laichingen und Umgebung. Vor rund hundert Jahren wurden in Münsingen 585 Webmeister mit 77 Gesellen gezählt; davon in Laichingen selbst 232 Personen. Heute sind in Laichingen und den benachbarten Ortschaften nur noch etwa 60 Hausweber vorhanden. Der starke Rückgang ist in erster Linie auf die zunehmende Zahl leistungsfähiger mechanischer Webstühle in den Fabriken zurückzuführen. Die in Württemberg vorkommende Spielwaren-Heimarbeit geht fast ausschließlich von einem Unternehmen in Ludwigsburg aus, das an etwa 300 Heimarbeiter in Ludwigsburg und Stuttgart Arbeit ausgibt. Aus Elastolin, einer Mischung von Sägemehl, Leim und Harz hergestellte kleine Menschen- und Tierfiguren verschiedener Art werden gepreßt und bemalt oder es werden Bäumchen, Hecken und Zäune aus Luffa-Abfällen geschnitten.

Die Arbeiten der übrigen Heimarbeit sind gemäß der dafür in Frage kommenden Industriegruppen.

Fachausschüsse für die Heimindustrie bestehen in Württemberg vier und zwar je einer für die Stickerei- und Wirkereiindustrie, Kleider- und Wäschekonfektion, Papier- und Kartonagenindustrie, Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie. Außerdem hat der Fachausschuß der Schmuckwarenindustrie in Pforzheim Gültigkeit für die zur Pforzheimer Industrie gehörenden Heimarbeit auf württembergischen Gebiet. Die Fachausschüsse setzen für ihre Zuständigkeitsgebiete Tarife über die Entgelte fest. Damit sind die Heimarbeiterlöhne in Württemberg zum großen Teile tariflich geregelt. Wo die Heimarbeiterlöhne noch willkürlich bezahlt werden, herrscht, wie auch in anderen Ländern, starke Unterbezahlung.

Der Ueberblick über die Heimarbeit in Deutschland, der in den vorhergehenden Abhandlungen gegeben wurde, zeigte, daß die Heimarbeit über das gesamte Reichsgebiet verstreut liegt. Er zeigte ferner, daß von den 23 Wirtschaftsgruppen, die der Betriebs- und Berufszählung zugrunde gelegt sind, 19 Heimarbeit vergeben. Weiter konnte festgestellt werden, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Berufsheimarbeitern einander ähneln. Schließlich fanden wir, daß Fachausschüsse für die Heimarbeit in jedem Freistaat zu finden sind und daß diese ihre Tätigkeit zur Lohnregelung der Heimarbeiter aufgenommen haben, und endlich stellten wir auch fest, daß Lohndruck trotz bestehender Lohntarife vorkommt.

Die Uebersicht legt uns aber erneut die Pflicht auf, für die Heimarbeit unermüdlich weiter zu arbeiten, bis vollständige Ordnung geschaffen ist. Diese Pflicht sollten sich auch die Gewerbeaufsichtsbeamten zu eigen machen, die bis jetzt die notwendige Unterstützung insbesondere bei der Durchführung von Tarifen über die Entgelte vermissen ließen.

H. Elflein.

Kommunistische Genossenschaftsbewegung zusammengebrochen

Ein neues und lehrreiches Verbrechen der KPD.

Am 2. Oktober beschloß eine von der kommunistischen Geschäftsleitung des Allgemeinen Konsumvereins Halle einberufene Gläubigerversammlung, den Konkurs des Vereins anzumelden. Damit hat ein trauriges Kapitel kommunistischer Irrsinnspolitik einen unrühmlichen Abschluß gefunden, die kommunistische Genossenschaftspolitik zu Grabe getragen, das mit stolzen Hoffnungen übernommene „rote Proviantamt" liquidiert. Unabsehbarer Schaden ist für die Arbeiterschaft des Bezirks Halle dadurch eingetreten. Nicht nur ist ein in 40jähriger mühseliger opferreicher Arbeit durch die organisierte Arbeiterschaft aufgebautes Unternehmen restlos verschleudert, ist eine mit über 60 Verkaufsstellen, einer modernen Großbäckerei und Fleischerei ausgestattete Genossenschaft nach nur einjähriger kommunistischer Herrschaft vollständig zusammengebrochen, sondern, und das ist das traurigste Kapitel dabei, etwa 1½ Millionen Spargelder von Proleten, mühsam zusammengetragen und beim AKV. angelegt, sind restlos verloren. Denn praktisch ist eine Masse überhaupt nicht mehr vorhanden, und noch nicht einmal bevorrechtigte Forderungen dürften voll befriedigt werden, alle übrigen Gläubiger gehen leer aus. Millionenwerte sind innerhalb kurzer Zeit in Händen kommunistischer Hasardeure in Nichts verflogen. 200 Arbeiter und Angestellte haben ihre Existenz verloren. Wahrlich, besser konnten Kommunisten ihr Talent zur Leitung von Arbeiterunternehmen nicht erbringen als bei der Geschäftsleitung des AKV. in Halle a. d. Saale.

Wie konnte es so weit kommen? Konnte dies Verbrechen nicht verhindert und dadurch großer Schaden von der Arbeiter- und Verbraucherschaft abgewendet werden? An Versuchen dazu, an Aufklärung und Warnungen hat es nicht gefehlt. Aber mit brutaler Rücksichtslosigkeit, nur in Verfolg der eigenen Parteiinteressen, mißachtend des Wohls und Wehe der Arbeiterschaft, wurde engstirnig in verbrecherischer Weise das stolze Arbeiterunternehmen aufs Spiel gesetzt und in den Zusammenbruch getrieben; einen solchen vollständigen Zusammenbruch, daß das Gericht trotz aller Mühe bisher keinen Konkursverwalter finden konnte, der sich bereit erklärt hätte, den Schutthaufen wegzuräumen, den zwölfmonatige kommunistische Mißwirtschaft aufgerichtet hatte. Und das sind jene Leute, die sich anmaßen, Führerrollen in der deutschen Arbeiterbewegung zu spielen und ein Sowjetdeutschland zu leiten.

Kaum jemals ist von den KPD.-Größen so geschwindelt, sind die eigenen Anhänger so belogen worden wie bei der Episode AKV. Halle. Als das Unternehmen bereits in allen Fugen krachte, der Gerichtsvollzieher täglicher Gast in Büro, Lager und Verkaufsstellen war, wurde nach echt kapitalistischem Muster eine Gesellschaft nach der anderen gegründet. Der „Migros" (Mitteldeutschen Großeinkaufsgesellschaft als Zentrale der roten Genossenschaftsbewegung) folgte die hallische Kohlenvertriebsgesellschaft und die Warenbezugsgesellschaft. Alle Vermögenswerte der Genossenschaft wurden an diese Schwindelunternehmen verschoben und verschwanden spurlos. KPD.-Größen aus allen Teilen Deutschlands wurden herangeholt, um den festgefahrenen Karren wieder flott zu machen. Deren Tätigkeit darin bestand, sich eine anständige Bezahlung zu sichern und im übrigen das Parteisüppchen zu kochen. Und als alles nichts nutzte, Arbeiter und Angestellte monatelang weder Lohn noch Gehalt bekamen, wurde ein neuer Schwindel fabriziert, die sog. „Rote Selbsthilfe". Unter dem nötigen Druck kam der Beschluß zustande, in Zukunft alle Arbeit in diesem kommunistischen Paradies ehrenamtlich gegen eine Bettelsuppe zu leisten. Stoßbrigaden wurden nach russischem Muster gebildet, um den Miniatur-„Fünfjahresplan" durchzuführen, aber es half alles nichts, weder echt kapitalistische noch bolschewistische Methoden konnten das einstmals so gesunde Arbeiterunternehmen vor dem Ruin retten, das Vertrauen zu den kommunistischen Phrasenhelden war endgültig dahin. Auch die schamlosesten Anbiederungsversuche der echten Revolutionäre bei einer Reihe Großkapitalisten hatten nicht den gewünschten Erfolg, und so kam es, wie es kommen mußte. Eine katastrophale Pleite ist der Grabstein der mit soviel Hoffnungen gegründeten Genossenschaftsbewegung, und das so oft zitierte „rote Proviantamt" hat es fertiggebracht, Hunderte von Arbeitern um Lohn und Brot, Tausende von Arbeitern und Rentnern um die mühselig zusammengetragenen Sparpfennige, um Geschäftsanteil und Haftsummen zu bringen, und einem mit vielen Opfern in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Eigenunternehmen der Arbeiterschaft in einem einzigen Jahre durch kommunistische Mißwirtschaft restlos den Garaus zu machen. In einem einzigen Jahr verschleudert eineinhalb Millionen Spargelder, 5 Millionen Grundstücks- und Warenwerte, dafür auf der anderen Seite eine Riesenschuldenlast, 140 000 RM rückständige Steuern, 26 000 RM Beiträge zur Krankenkasse, 50 000 RM rückständige Lohn- und Gehaltsbeträge. Angestelltenversicherungsbeiträge wurden ebensowenig bezahlt wie die zur Pensionskasse Deutscher Konsum-

(Fortsetzung auf Seite 309.)

Wandlungen in der Glasbearbeitung

Jahrtausende kommen und gehen. Jahrtausende versinken im endlosen Schlund der Ewigkeit. Sie gehören der Vergangenheit an. Der Nachwelt erhalten bleiben nur die besonders wertvollen geistigen und materiellen Ausstrahlungen einer gewissen Entwicklungsperiode. Unnötige Schlacken sondern sich ab und bleiben am Wege liegen. Mit der Menschwerdung beginnt auch die Ausbeutung und Nutzbarmachung der Naturkräfte und Erdschätze. Zu ihrer Hebung bedarf es Hilfsmittel, die in jahrtausendelanger, zäher Energie von genialen Hirnen erdacht, erschaffen und verbessert werden. Moräste werden in schweißtriefender Arbeit in blühende Gefilde verwandelt; brüllende, landfressende Meere durch starke Dämme gebändigt. Dem Auge verborgene Erze holt man aus dunkelstem Erdinnern und verwandelt sie in tägliche Gebrauchsgegenstände und Zierstücke. Kühne Geister bezwingen trennende Meere und bringen Länder und Menschen zusammen und einander näher. Riesenvögel erobern den Aether und bannen arktische Zonen, unsichtbare Luftwellen vermitteln Geschehnisse entferntester Gebiete. Erschauernd steht der Schöpfer Mensch vor diesen Wundern. War es ehedem seine Kraft, die ihn zum Gebieter der Erde machte, so ist es jetzt sein Hirn, das den komplizierteste Mechanismus lenkt und ihm seinen Willen aufzwingt. Der Mensch erhebt sich zum Beherrscher der Mutter Erde und preßt aus ihren Eingeweiden die Geheimnisse der Energien. Aus Primitivem schaffen Geister Brauchbares, verstreut Daliegendes sammelt sich und wird Kulturgut. Unbeholfene, nicht rationell arbeitende Handgriffe zur Erzeugung von Produkten werden in stählerne Räder und feinsinnig geordnete Maschinenteile gepreßt, um den Schrei nach gesteigerter Nachfrage zu befriedigen. Lebendiger, kalkulierender Sinn wird in Eisen gelegt, der Mechanismus wird zum Hirn und arbeitet für den Menschen. Die Produktion muß ins Massenhafte steigen, weil die Maschine nur Massen herstellen kann. Einzelleistungen verschwinden, die Maschine erlaubt keine Sonderlaunen, nur ihr Geschmack, ihr Stil darf gelten.

*

Arabische oder Lybische Wüste. Die Zeit liegt zu weit zurück, vielleicht Jahrtausende, um es mit Sicherheit feststellen zu können. Bronzefarbene Wüstensöhne lagern um knisternde Feuer. Feiner weißer Wüstensand liegt auf den Gewändern, dringt in Mund und Augen, ruft beißende, ätzende Gefühle hervor. Sie wissen es: tropische Glutsonne zermürbte die Erdrinde und schuf den juckenden, weißen Staub. Frühmorgens das Feuer erlischt. Ringsherum eigentümliche Merkmale: der feine Staub hat sich in eine durchsichtige, heiße, nachgiebige Masse verwandelt. Wir wissen es! Der Staub ist Soda, und Soda schmilzt im Feuer und wird Glas. Im heißen Zustande dehnbar, erkaltet gestattet die Masse Durchblick. Verwundert starren die braunen Gestalten auf die Wunder. Die Materie ist geschaffen, die Entwicklung beginnt!

*

Die Zeit der Venediger. Aufschwung von Handel und Gewerbe. Anfänge einer Kulturbewegung. Beginnende zielbewußte Ausnützung der Naturkräfte und -schätze. Sinnender Menschengeist sucht neue Möglichkeiten, neue Quellen zu Reichtum und Gütervermehrung. Gold und Silber, Eisen und Zinn erhalten von kunstfertigen Händen feinsinnige Gestaltung. Gab es mehr Möglichkeiten? Laborieren war schon damals eine Passion der Forscher. Seefahrer bringen Kunde vom neuen Wunder, dem geschmolzenen Wüstensand! Hirne arbeiten und auf abgeschlossener Insel wird das große Geheimnis zur Wirklichkeit. In irdene Wände gebanntes Feuer schafft das Neue. Andere Erden benötigt man zur Reinigung der noch trüben Masse. Emsige Hände schaffen Instrumente zum Greifen, Formen der heißen, nachgiebigen Materie. Bald entstehen unter geschickter Handhabung Gefäße, Krüge, Kelche, wenn auch in noch primitiver Form. Der Mensch ist in ein neues Gebiet eingedrungen. Die Erzeugnisse gehen in alle Welt. Die Kunst selbst wird streng geheimgehalten. Auf Verrat steht Todesstrafe. Wie lange noch?

*

Deutsches Mittelalter. Reichbewaldete Gebirge geben Holz für ein neuerstandenes Handwerk: die Glasbearbeitung! Rußige, schwitzende Männer stehen an feurigen Oefen und stellen wahre Wunder aus Glas her. Ihre gerühmten Erzeugnisse wandern in die Schlösser und Burgen, Kirchen und Klöster. Fürsten und Patrizier schlürfen feurigen Wein aus glitzernden Kristallgläsern. Finstere Gemächer erhalten Helle durch gläserne Scheiben. Schmuckgegenstände aus Glas, künstlerische Nippes liegen verwahrt in Schreinen und Kästen. Noch sind es freie Männer, die Glasmacher. Ehrbar ihr Handwerk. Geachtet ihre Kunst.

*

Niedergang des Handwerks. Aufschwung der Manufaktur. Kohle ersetzt Holz. Tief aus der Erde Schoß hebt sich das schwarze Gold. Rascher geht die industrielle Entwicklung. Die Kohle schafft Fabriken. Arbeitskraft wird zur käuflichen Ware. Das Kapital beginnt seinen Siegeszug. Die Erzeugnisse werden schablonisiert. Auch das Glas wird zum Artikel. Wird Fabrikware. Glashütten schießen aus der Erde. Die Verbilligung und Vervielfältigung ermöglicht Massenherstellung. Pharmazeutische und andere Produkte wandern in Glashüllen. Parfüm, Salben, Tinkturen desgleichen. Der Glasspiegel wird populär. Neuerungen in der Herstellungsweise werden geschaffen. Lohndruck beschleunigt das Tempo des Glasmachers. Die Zeit drückt den ehemals Freien zum Lohnsklaven herab. In staubigen, schwitzenden Höllen vollbringt er sein Handwerk. Noch haftet aber der traditionelle Geist in ihm. Der singende, klappernde Rhythmus seiner Arbeit ist ihm Seele. Noch hat die Maschine, die andere Industrien bereits revolutioniert, nicht von ihm Besitz ergriffen. Seine Arbeit ist Gefühl und Fingerfertigkeit. Er bläst seiner Flasche den Odem ein. Mag auch die Maschine anderweit triumphieren, seine Geheimnisse wird sie so leicht nicht erfassen. Erste Versuche brechen zusammen. Das Glas weigert sich, die blanke Form anzunehmen, es will vom Glasmacher mit Hand und Mund bearbeitet sein. Wie lange noch?

*

Der Ingenieur furcht die Stirn. Er will die Maschine zwingen, zu gehorchen. Er mißt und berechnet. Stellt Vergleiche zwischen künstlicher und vom Menschen geblasener Luft. Bannt schwer erlernbare Handgriffe in stählerne Hebel und Zangen. Das Wunder gelingt! Aus Basteln wird Konstruktion, die Maschine gehorcht willenlos den Griffen ihres Gebieters. Sie hält ihren Einzug in die Glashütten. Breitbeinig behauptet sie ihren Platz, nun sie offiziell anerkannt ist. Aber sie ist Vernichterin. Sie ersetzt, je nach Bau und Konstruktion, drei, zehn, hundert Arbeiter. Grinsend verrichtet sie ihre geräuschvolle Tätigkeit und wirft den Handarbeiter aufs Pflaster, ins Ungewisse. Fort ist die Poesie des Glasmacherberufs, fort alle Romantik eines stolzen Handwerks. Verändert die Wirkungsstätte, trostlos die Halle. Verschwunden das gemächliche Klirren und Klappern. Ein Zischen und Fauchen beängstigt den Raum. Kompressoren dröhnen und rumoren. Oelige Dünste hängen in Schwaden in stickiger Luft. Männer werden zu Knechten rohen Stahls, ausgeliefert der Willkür drohender Ungetüme. Herrscherin bin ich, triumphiert ihr eisern' Gerippe. Stürmt mich, wenn ihr wollt, ihr Kinder der Vergangenheit! Was kümmern mich eure Existenz, eure Kinder? Mein Gebot ist, zu dienen und zu verdienen!

Wann wirst du wohl ein Freund der Menschheit werden?!

B. Müller, Marktleuthen.

30 Jahre Verband Deutscher Glasfabriken für Medizinglas

Am 8. November 1901 wurde der Verband Deutscher Glasfabriken für Medizinglas gegründet. Er begeht also an diesem Tage die Feier seines 30jährigen Bestehens.

Das Hauptgewicht der Verbandstätigkeit bestand in dem Verlangen einer einheitlichen Preisgestaltung der erzeugten Fabrikate, und diese Aufgabe ist zu einem nicht geringen Teil gelungen. Gerade in diesem Zweig der Glasindustrie war die Preisgestaltung unhaltbar, und die Betriebe litten stark unter der gegenseitigen Konkurrenz.

In der Kriegs- und Inflationszeit hat die deutsche Glasindustrie und vornehmlich die Arbeiterschaft eine bittere Leidenszeit durchmachen müssen. Durch die Tätigkeit des Verbandes der Medizinglashütten wurde diese Leidenszeit gelindert, denn die Betriebe wurden durch ihre Organisation gehindert, alle Manöver des Mechanisierens und Nationalisierens mitzumachen. Leider sehen wir in der Gegenwart auch in der Medizinglasindustrie die gleichen Erscheinungen wie in anderen Branchen unseres Industriezweiges, und der Verband Deutscher Medizinglasfabriken wird sich vor schwierige Aufgaben gestellt sehen.

Die Mechanisierung und Rationalisierung hat auch in der Medizinglasindustrie Formen angenommen, die tief zu beklagen sind. Soweit wir unterrichtet sind, haben durch die Rationalisierung Preisunterbietungen stattgefunden, die so ungeheuerlich sind, daß sie zu den größten Befürchtungen Veranlassung geben. Erst jetzt wird sich zeigen, ob der Verband die Kraft aufbringen wird, fördernd für seine Mitglieder zu wirken.

In einer uns übersandten Schrift behauptet die Leitung des Verbandes Deutscher Medizinglasfabriken Dinge, die mit der geschichtlichen Wahrheit nicht ganz in Einklang zu bringen sind.

Uns wird geschrieben: „Lediglich der Flaschenindustrie kann nicht abgesprochen werden, daß sie weitsichtig und maßvoll im Disponieren gewesen ist, da sie durch Zusammenfassung der gesamten Flaschenhütten die Möglichkeit geschaffen hatte, daß auch kleinere Werke dem Wirtschaftsprozeß erhalten und in ihrer Existenzmöglichkeit nicht behindert wurden." —

Eine leere Behauptung, die nicht bewiesen werden kann. Das Gegenteil ist Wahrheit. Alle kleineren Flaschenhütten liegen seit Jahren vollständig still, und an eine Betriebsaufnahme ist absolut nicht zu denken. Die Spuren des Verbandes der Flaschenfabriken sollten den Verband Deutscher Glasfabriken für Medizinglas schrecken und nicht etwa als Vorbild dienen, denn durch den Verband der Flaschenfabriken werden nicht nur Tausende deutscher Flaschenmacher der Arbeitslosigkeit zugeführt, sondern auch zahlreiche Industrielle wurden in ihrer Existenzmöglichkeit behindert.

Anerkannt muß ferner werden, daß der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikbesitzer, Herr Karl Heinz, immer in sehr vornehmer und loyaler Weise in den Auseinandersetzungen, die wir mit ihm hatten, handelte und sich in Formen bewegte, die manchem anderen Industriellen als Vorbild dienen könnten.

Tschechoslowakei

Die Lage der tschechoslowakischen Glasindustrie hat sich in der letzten Zeit neuerdings verschlechtert. Die Ereignisse im Ausland haben auf diesen Produktionszweig, der mit 80 Proz. seiner Erzeugung auf den Export angewiesen ist, ungünstige Rückwirkungen gehabt. Die Hütten haben die Erzeugung auf 50 Proz. ihrer Kapazität einschränken müssen. Die Raffinerien arbeiten nur noch mit 30 bis 40 Proz. ihrer Normalleistung. Im Durchschnitt sind die Fabriken zwei bis drei Tage in der Woche beschäftigt. Schwere Schäden hat die Glasindustrie durch die Pfundverluste erlitten. Zu den wachsenden Absatzschwierigkeiten infolge der Währungsschwankungen und den Devisensperren haben sich in der letzten Zeit auch noch zollpolitische Maßnahmen einzelner Länder gesellt. So hat Italien die Einfuhrzölle um 15 Proz. erhöht, eine Reihe von Staaten hat neue Zollerhöhungen angekündigt, der Export nach Ungarn wurde durch die 50prozentige Erhöhung der Umsatzsteuer beeinträchtigt. Erschwert wurde schließlich die Lage der Glasindustrie auch durch die Hinaufsetzung der Chemikalienzölle, da hierdurch die Gestehungskosten gestiegen sind. Die Glasindustrie hat daher ebenso wie die Textil- und die Lederindustrie eine Aktion eingeleitet, damit die letzten Erhöhungen einiger Chemikalienzölle wieder rückgängig gemacht werden.

Japan

Trotz der allgemeinen Wirtschaftsdepression konnte die japanische Glasindustrie ihre Erzeugung steigern. Im ersten Halbjahr 1931 wurden 1 063 000 Kisten (1 Kiste gleich 100 Quadratfuß) Scheibenglas erzeugt gegenüber 992 000 Kisten im gleichen Vorjahrsabschnitt.

15. Glastechnische Tagung

Die Deutsche Glastechnische Gesellschaft mit dem Sitz in Frankfurt a. M. hält am 12. und 13. November in Berlin ihre Tagung ab. Die Leitung der Gesellschaft weist in ihrer Einladung darauf hin, daß die unsichere Wirtschaftslage gewisse Beschränkungen bringe und deshalb auch jegliche gesellige Veranstaltungen wegfallen müssen.

In der diesjährigen Tagung soll dem Wirtschaftsglas besondere Bedeutung beigemessen werden, deshalb ist die Tagesordnung dementsprechend aufgestellt worden. Wir heben als besondere Punkte der Tagesordnung hervor:

Das Problem der bildenden Kunst im Raum als neue Anregung für die Glasindustrie. Vortragender: Regierungsbaumeister Dr.-Ing. A. Gellhorn, Berlin.

Zusammensetzung und Brauchbarkeitseigenschaften des Wirtschaftsglases. Vortragender: Professor Dr. G. Keppeler, Hannover.

Blasen und Schlieren in der Glasschmelze. Vortragender: Dr. H. Jebsen-Marwedel, Gelsenkirchen.

Ueber die Vorgänge beim Mattieren von Glas. Vortragende: Dr.-Ing. Elia Honigmann, Berlin.

Festigkeitsversuche mit Spiegel- und Maschinenglas. Vortragender: Dipl.-Ing. E. Albrecht, Berlin.

Die schalltechnischen Eigenschaften von Flachglas. Vortragender: Priv.-Doz. Dr. E. Meyer, Berlin.

Bearbeitung von Glasformen. Vortragender: Ing. K. von Beauvois, Berlin.

Gravieren und Graviermaschinen für Glasformen. Der Referent zu dieser Frage wird noch bekanntgegeben werden.

Alle Fragen, die hier besprochen werden, interessieren auch unsere Mitglieder, und wir werden über die Tagung der Glastechnischen Gesellschaft ausführlich berichten.

Hundert Jahre Porzellanfabrik Krister

Im November d. J. feiert die Porzellanmanufaktur AG. C. Krister in Waldenburg ihr hundertjähriges Bestehen. Die Firma gehört zu den ältesten gewerblichen Betrieben Schlesiens. Ihre Erzeugnisse sind in allen Weltteilen verbreitet.

Das Werk wurde von Karl Krister gegründet. Es arbeitete sich aus kleinsten Anfängen schnell empor und schuf sich bald einen guten Namen. 1850 wurden bereits 800 Arbeiter beschäftigt und Porzellane von 150 000 Talern hergestellt. Zehn Jahre später waren in dem Werk 1500 Arbeiter tätig. Nach dem Tode Kristers (1869) führte Robert Haenschke und später Albert Haenschke das Unternehmen weiter. Der Weltkrieg und seine Folgen bewirkten, daß das Unternehmen nicht im alten Umfange erhalten bleiben konnte. Seit 1920 ist es Aktiengesellschaft und gehört zum Rosenthal-Konzern. Zur Zeit sind etwa 500 Arbeiter im Betriebe beschäftigt.

Für die Arbeiterschaft fällt dieses Jubiläum in eine Zeit der schwersten Depression. Seit über einem Jahre wurde ein ständiger Abbau des Personals vorgenommen. Außerdem war Kurzarbeit besonders in diesem Jahre die Regel. Auch neuerdings ist wieder Stillegung angezeigt, und es wird davon gesprochen, daß der Rosenthal-Konzert beabsichtigt, das Werk mit Jahresschluß ganz stillzulegen. Das würde auch für die Stadt Waldenburg, deren Gesicht dieser Betrieb besonders stark sein Gepräge aufdrückte, einen wirtschaftlich außerordentlich harten Schlag bedeuten.

Daß man versucht hat, Umstände, die die Arbeiterschaft nicht zu verantworten hat, auf deren Schultern abzuwälzen, dürfte bei der allgemeinen Arbeitgeberpraktik nicht wundernehmen. Die Firma hat, um das Werk zu sanieren, an den Löhnen der Arbeiter und den Angestelltengehältern weitgehende Kürzungen vorgenommen. Besonders bei den Akkorden wurde schwer auf die Preise gedrückt. Daß dieser Weg volkswirtschaftlich falsch ist, steht fest. Jedoch wissen wir, daß der Kapitalismus einen anderen Ausweg nicht zu sehen glaubt. Ob diese weitgehenden Opfer, die die Arbeiterschaft unter größten Entbehrungen auf sich nahm, den Erfolg haben, das Werk weiterzuführen, ist noch nicht zu übersehen.

So hat die Arbeiterschaft Gelegenheit, anläßlich dieses Jubiläums sich Gedanken über die kapitalistische Wirtschaftsweise zu machen. In welcher Form die Firma das Jubiläum begehen wird, ob auch dabei der Arbeiterschaft in einer Form gedacht wird, ist gleichfalls nicht bekanntgeworden.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß in diesem Werk die Gewerkschaftsbewegung frühzeitig Boden faßte. Verschiedene hervorragende Funktionäre sind aus ihm hervorgegangen. Die Belegschaft, die überwiegend in unserer Organisation zusammengeschlossen ist, hat erkannt, daß nur auf diesem Wege, wenn überhaupt, ihre Lage gebessert und ihre Interessen wahrgenommen werden können. Gelegentliche Abspaltungsversuche kleiner Gruppen haben dem gesunden Geist, der in der Belegschaft herrscht, nichts anhaben können. Wir wünschen der Belegschaft, daß die jetzige Krisennot bald überstanden sein möchte, und dann auch wieder für sie günstigere Zeiten kommen. Daß dabei der Verband, wie auch in der Vergangenheit, der Belegschaft ein treuer Helfer sein wird, ist selbstverständlich.

H. K.

Viermal verhandelt, dreimal Lohnabbau

Zweimal haben die Unternehmer der feinkeramischen Industrie offiziellen Abbau der Tariflöhne im Jahre 1931 einstecken können. Dazwischen haben sie die verschlechterten Manteltarifbestimmungen und eine tariflose Zeit zu einem dritten Angriff auf die Löhne der Arbeiterschaft benutzt, der ihnen 20 bis 30 Proz. von den Verdiensten der Arbeiter einbrachte. Ihre letzten Forderungen auf Abbau der Tariflöhne und Effektivverdienste um 10 Proz. begründeten sie wieder wie immer mit dem Rückgang der Ausfuhr und des Inlandsabsatzes. Die Feststellungen der Arbeitnehmervertreter, daß die herabgesetzten Löhne weder eine Verbesserung der Ausfuhrmöglichkeit noch eine Hebung des Inlandsabsatzes zur Folge haben können, blieben ohne Berücksichtigung. Allzubald wird man die Erfahrung machen müssen, daß die ausländische Konkurrenz aus der Lohnkürzung in Deutschland ihrerseits die Konsequenzen ziehen wird. Das wird geschehen einmal durch Herabsetzung der Löhne für die Keramarbeiter dieser Länder, zum anderen werden die Bestrebungen auf weitere Erhöhung der Zölle an Boden gewinnen. England hat sich durch Aufgabe der Goldwährung schon einen Vorsprung gesichert. Seine von den Torys beherrschte Regierung wird weitere Zollerhöhungen durchführen. Die englischen Konservativen werden für ihre Pläne um so eher Verständnis finden — leider auch in weiten Kreisen der englischen Arbeiterschaft — als sie auf den unaufhaltsamen Lohndruck in Deutschland verweisen können. Aehnlich dürfte die Entwicklung in anderen Ländern verlaufen. Damit ist die Aussicht, mit Hilfe herabgedrückter Löhne die Ausfuhr zu steigern, ins Wasser gefallen. Ja, es ist noch weiterer Rückgang der Ausfuhrmöglichkeit mit Sicherheit zu erwarten.

Und wie liegen die Dinge im Inland? Das hinter uns liegende Jahr hat tausendfach den Beweis erbracht, daß der rasende Lohnabbau immer mehr Arbeitskräfte ins Heer der Arbeitslosen gestoßen und damit die Massenkaufkraft immer weiter gedrosselt hat. Alle Voraussagungen der Gewerkschaften sind seit dem Herbst 1930 in vollstem Maße zugetroffen. Gelernt haben daraus weder die Unternehmer noch die Regierung. Wie hypnotisiert starren beide auf die Möglichkeit, die traurigen Wirtschaftsverhältnisse und die arbeitslose Reservearmee auszunützen, das mühsam aufgebaute Lohnniveau zu drücken und zu zerstören und damit auch, wie sie sich einbilden, der verhaßten Gewerkschaftsbewegung einen schweren Schlag zu versetzen. Das wird ihnen nicht gelingen, obwohl von keiner Verantwortung für das Schicksal der Arbeiter beschwerte Elemente dabei Hilfsstellung leisten. Diese Leutchen sind immer wieder dabei, die berechtigte Empörung der Arbeiterschaft anstatt gegen die Unternehmer und ihre arbeiterfeindliche Politik des Lohnabbaus, der Verschlechterung, wenn nicht gar Beseitigung der sozialen Rechte der Arbeiterschaft zu lenken, die Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen. Das tun sie auf höhere Anweisung, trotzdem sie selbst ganz genau wissen, wo die Verantwortlichen sind und welche schweren Folgen für die Arbeiterschaft aus ihrer Agitation gegen die Gewerkschaften zu erwarten sind. Bei der Arbeiter-

schaft der feinkeramischen Industrie haben diese Heilsverkünder bisher wenig Erfolg gehabt und werden ihn auch in Zukunft nicht haben. Die Porzelliner wissen, daß alle Maßnahmen der Tarifkommission und der Verbandsleitung von der ernsthaften Sorge getragen sind, für die Arbeiterschaft das Bestmöglichste in Anbetracht der Situation herauszuholen.

Aus diesem Grunde hat die Verhandlungskommission nach Verständigung mit dem Keramischen Bund und mit der Verbandsleitung beschlossen, den am 30. Oktober in Leipzig gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Ablehnung dieses Schiedsspruches hätte trotz der Annahme durch die Unternehmer totalen Zustand mitten in der allerschlechtesten Konjunktur zur Folge gehabt. Den Unternehmern hätte nichts Besseres passieren können, als jetzt eine tariflose Zeit zu bekommen. Sie hätten nicht nur den geforderten 10prozentigen, sondern in manchen Betrieben wesentlich höheren Abbau der Tariflöhne durchgesetzt. Davor mußte die Kollegenschaft unter allen Umständen bewahrt bleiben. Dabei war sich die Verhandlungskommission vollständig klar darüber, daß es auch Belegschaften gibt, die so aktiv sind und deren betriebliche Lage so ist, daß alle Versuche der Unternehmer nach der vorhin angedeuteten Richtung abgeprallt wären. Sie mußte aber die allgemeine Lage bei ihren Entschlüssen ins Auge fassen, und dabei waren 36 v. H. Arbeitslose und 32 v. H. Kurzarbeiter zu berücksichtigen.

Von den Belegschaften muß erwartet werden, daß sie auf strengste Durchführung des Schiedsspruches dringen. Es darf unter keinen Umständen vorkommen, daß Belegschaften stillschweigend untertarifliche Bezahlung dulden und Stückpreisfestsetzungen unter der Akkordbasis zulassen. Die in den Lohntafeln festgesetzten Löhne sind das mindeste, was bezahlt werden muß. Die Akkordbasen sind nur Richtzahlen für Feststellung der Akkordpreise. Keineswegs darf für Akkordarbeit dauernd nur die Akkordbasis bezahlt werden. Die Unternehmer dürfen nicht in die Lage versetzt werden, bei künftigen Verhandlungen vom größeren Verständnis der Arbeiter in den Betrieben für die Notlage der Industrie zu reden. Versuche, untertariflich zu entlohnen, müssen im Keime erstickt werden. Wenn es sein muß, ist vor den tariflichen Schiedsinstanzen Klage zu führen. Gegen solche Unternehmer müssen eventuell die äußersten gewerkschaftlichen Mittel zur Anwendung kommen.

Kolleginnen und Kollegen! Zieht aus dem Verhalten der Unternehmer im allgemeinen und in der feinkeramischen Industrie im besonderen die richtigen Schlüsse. Schließt euch fest zusammen, klärt die Unorganisierten auf, weist diejenigen, welche auch diesen Tarifabschluß wieder benutzen möchten, um ihr Parteisüppchen zu kochen, in ihre Schranken. Nicht Mutlosigkeit und Verärgerung kann den Porzellan- und Steingutarbeitern und -arbeiterinnen aus der Misere der gegenwärtigen Zustände helfen. Nur Vertrauen auf die eigene Kraft und auf den Willen und die Kraft der Organisation ist geeignet, Unternehmern und Regierung Achtung und Erfolge abzuringen.

Anschließend geben wir die neuen Lohntafeln bekannt, die wir auszuschneiden und aufzubewahren bitten:

Lohntafel A

gültig ab 1. November 1931.

	Ortsklasse			
Facharbeiter:	Gr.-Berlin	A	B	C
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit	51,5	45,0	41,5	41,0
bis 20 Jahre	61,5	56,0	50,5	48,0
von 20—24 Jahren	72,0	65,0	58,5	56,0
über 24 Jahre	78,0	71,5	63,5	61,5
Akkordbasen	97,5	89,5	79,5	77,0
	(90,0)	(81,0)	(73,0)	(70,0)
Sonstige Arbeiter:				
Von 14—15 Jahren	21,5	18,5	17,5	16,5
„ 15—16 „	29,0	25,5	22,5	20,5
„ 16—18 „	43,0	40,0	35,0	33,5
„ 18—20 „	53,5	48,0	42,0	41,5
„ 20—24 „	61,5	56,0	51,5	50,5
über 24 Jahre	70,5	61,5	56,0	55,0
Akkordbasen	88,0	77,0	70,0	68,5
	(77,0)	(70,0)	(64,5)	(63,0)
Facharbeiterinnen:				
Im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit	30,5	29,0	25,5	23,5
bis 20 Jahre	40,0	38,5	31,5	30,0
über 20 Jahre	48,0	42,0	39,0	38,0
Akkordbasen	60,0	52,5	48,5	47,5
	(50,0)	(42,0)	(39,5)	(37,5)
Sonstige Arbeiterinnen:				
Von 14—15 Jahren	14,5	13,5	11,5	11,5
„ 15—16 „	18,5	17,5	16,5	16,5
„ 16—18 „	29,0	27,0	22,5	19,5
„ 18—20 „	33,5	30,5	29,0	27,0
über 20 Jahre	42,0	39,0	33,5	32,5
Akkordbasen	52,5	48,5	42,0	40,5
	(42,0)	(38,0)	(36,0)	(33,5)

Die in Klammern gesetzten Zahlen sind die Akkordbasen für die Abteilungen, in denen Arbeiter über 24 Jahre bzw. Arbeiterinnen über 20 Jahre nicht beschäftigt werden (§ 20).

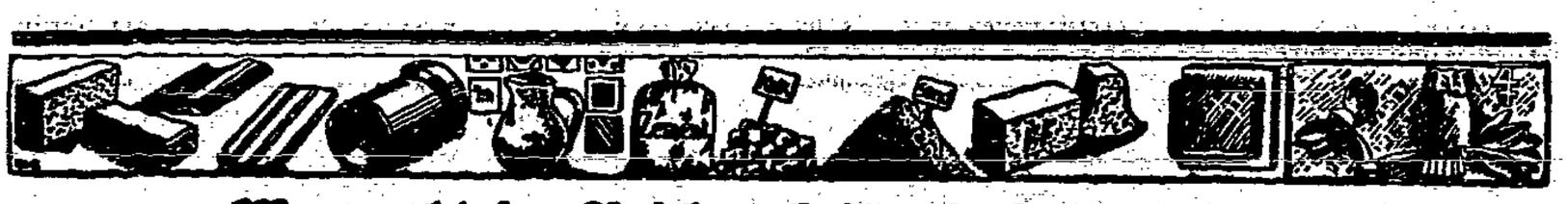
Lohntafel B

gültig ab 1. November 1931.

	Ortsklasse			
Facharbeiter:	Gr.-Berlin	A	B	C
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit	58,5	52,5	48,0	46,0
bis 20 Jahre	71,5	62,5	58,5	55,0
von 20—24 Jahren	85,0	73,0	67,5	62,5
über 24 Jahre	91,0	82,0	73,0	71,5
Sonstige Arbeiter:				
Von 14—15 Jahren	23,5	20,5	18,5	18,0
„ 15—16 „	30,5	28,0	25,5	23,5
„ 16—18 „	48,0	42,0	39,0	38,0
„ 18—20 „	58,5	53,5	50,5	48,0
„ 20—24 „	67,5	61,5	56,0	55,0
über 24 Jahre	76,0	67,5	61,5	60,5
Facharbeiterinnen:				
Im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit	33,5	32,5	30,0	29,0
bis 20 Jahre	45,0	41,5	38,0	35,0
über 20 Jahre	56,0	49,0	43,0	42,0
Sonstige Arbeiterinnen:				
Von 14—15 Jahren	16,5	15,5	12,5	12,5
„ 15—16 „	19,5	18,0	17,5	16,5
„ 16—18 „	30,0	28,0	23,5	22,5
„ 18—20 „	39,0	33,5	31,5	30,0
über 20 Jahre	45,0	41,5	38,0	35,0

Die Zehr- und Uebernachtungsgelder für Kutscher und Begleiter betragen bei Ueberlandfahrten:

Von 3 bis 6 Stunden	2,15 RM
über 6 Stunden	4,00 RM
mit Uebernachten	6,00 RM



Was geht im Reichsarbeitsministerium vor?

Daß die Schwerindustrie und ihr sonstiger reaktionärer Anhang auf Arbeitgeberseite seit langem auf Beseitigung der Tarifverträge, des Schlichtungswesens, und was so drum und dran hängt, hinarbeitet, ist zur Genüge bekannt, als daß wir darüber noch lange Ausführungen zu machen brauchten. Bei manchen Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums, die so im Laufe der Jahre gefällt sind, konnte man sehr oft den Einfluß der reaktionären schwerindustriellen Kreise vermuten. Die Schwerindustrie, überhaupt die Arbeitgeber, waren nun nicht jedesmal und immer prinzipielle Gegner des Schlichtungswesens, sondern haben von diesem, wenn es ihnen gerade in den Kram paßte, ebenso ausgiebig Gebrauch gemacht wie die Arbeitnehmerseite, nur vielfach mit dem Unterschiede, daß den Wünschen der Arbeitgeber sehr, sehr oft in recht entgegenkommender Weise Rechnung getragen wurde. Waren bei guter Konjunktur Schiedssprüche gefällt, die den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in ganz ungenügender Weise Rechnung trugen und wurden sie von dieser abgelehnt, so trug der Staatsapparat vielfach dem Verlangen der Unternehmer sehr schnell Rechnung. Begründung meist: Das Allgemeininteresse könnte unter einem ungeregelten Zustand leiden usw. Daß die schwerindustriellen Kreise gerade in der letzten Zeit schwere Minen verschossen haben müssen, um die Reichsregierung in ihrem Sinn zu beeinflussen, kann man aus verschiedenen Aeußerungen von Reichsregierungsmitgliedern entnehmen. Und wenn man den Worten der prominenten Vertreter der Regierung Brüning glauben soll, ist der schwerindustriellen Reaktion eine Absage erteilt worden.

Wenn man sich aber nun aus der letzten Zeit die Entscheidungen in Tariffragen, die von seiten des Reichsarbeitsministeriums getroffen wurden, genauer ansieht, so kommt man zu der Auffassung, daß der reaktionäre schwerindustrielle Ansturm auf das Tarif- und Schlichtungswesen noch unvermindert fortdauert und seinen Niederschlag in den Entscheidungen gefunden haben muß.

Wir haben drei Entscheidungen vor uns liegen, die auf Anträge zwecks Allgemeinverbindlichkeit von Lohntarifen in Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie gefällt wurden. Die erste Entscheidung datiert vom 31. Juli d. J. Hier könnte man noch sagen, daß sie unter dem Eindruck des Zusammenbruchs Unternehmer gestanden, bzw. von diesem beeinflußt wurde. Wir wollen aber die Entscheidung, die für die Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie einer Millionenstadt und deren Umgebung gefällt wurde, nachstehend im Wortlaut unter Auslassung von Orten und Namen wiedergeben:

Berlin, den 31. Juli 1931.

Betr.: Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohntarifes vom . . . . . .

Im Hinblick darauf, daß die im Lohntarifvertrag festgesetzten Stundenlöhne an der obersten Grenze aller Löhne des Tarifgebietes liegen, erscheint es unmöglich, diese Löhne unter den derzeitigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen im Wege staatlichen Zwanges Dritten aufzuerlegen. Ich kann daher zur Zeit Ihrem Antrage auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des obengenannten Lohntarifvertrages nicht stattgeben.

Die Endigung des Lohntarifvertrages vom . . . . . und seiner Allgemeinverbindlichkeit wird im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht werden.

Im Auftrage: gez. (Unterschrift.)

Soweit die erste Entscheidung, die, man könnte es annehmen, von dem damals allzu starken Druck der Unternehmerspitzenorganisationen beeinflußt sein könnte.

Ueber die Wirkung der Entscheidung auf die Unternehmer, speziell auf die Außenseiter, unter diesen, ist sich wohl auch das Reichsarbeitsministerium klar.

Doch wollen wir zu den beiden anderen Entscheidungen, die am 19. bzw. 16. Oktober getroffen wurden, übergehen. Erstere betrifft ebenfalls die Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie einer größeren Stadt und ihrer Umgebung, letztere die gleiche Industrie einer ganzen Provinz, Teile einer anderen und einiger Freistaaten.

Der Wortlaut der beiden Entscheidungen ist fast wörtlich der gleiche wie der bereits oben mitgeteilte vom 31. Juli 1931.

Anscheinend hat sich das Reichsarbeitsministerium seit einigen Monaten eine Schablone zurechtfabriziert, nach der es Entscheidungen in Tariffragen fällt.

Der Reichsarbeitsminister, Herr Stegerwald, führte auf dem Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in bezug auf die Grundlagen der Sozialversicherung und das Tarifwesen folgendes aus:

„Und an der Befestigung und teilweisen Neuschaffung dieser Fundamente muß in den nächsten Monaten nachdrücklichst gearbeitet werden."

Wenn auch Herr Stegerwald die finanzielle Grundlage unseres Staatswesens gemeint hat, von der die Sicherung des ganzen sozialen und Tarifgebäudes abhängt, so können wir uns aber nicht denken, daß das Reichsarbeitsministerium nun die Grundlagen des Tarifvertragswesens zerstören will, um dann vielleicht das ganze Gebäude neu aufzubauen. Aber Entscheidungen, wie wir oben mitgeteilt haben, bedeuten doch nicht mehr und nicht weniger als eine Aushöhlung und schließliche Zerstörung des ganzen Tarifgebäudes.

Noch etwas anderes: Der Hinweis auf die an der obersten Grenze der Tariflöhne liegenden Löhne des Lohntarifbezirkes bedeutet doch nichts anderes als eine Aufforderung an die Unternehmer, diese so „hohen" Löhne noch weiter herabzusetzen.

Wie das mit den Worten von Herrn Dr. Brüning, daß die Unternehmer nicht glauben sollten, nur allein mit dem Lohnabbau könne die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden, übereinzustimmen soll, vermögen wir nicht zu sagen.

Die Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums, betr. Allgemeinverbindlichkeit, werden selbst von den Unternehmern nicht mehr so ganz verstanden, nur den Wink auf Lohnabbau scheint man begriffen zu haben.

Wir lassen es dahingestellt, ob die Anträge bei den beiden Städtetarifen von beiden Tarifparteien gestellt waren oder nicht. Bei der Entscheidung über die Allgemeinverbindlichkeit des Provinzialtarifes war jedenfalls der Antrag von beiden Tarifparteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, gestellt. Es war also auf alle Fälle Wille beider Tarifparteien, auch die Außenseiter mit zu erfassen, damit diese nicht durch Zahlung von Schundlöhnen in die Lage versetzt werden können, die Preise zu unterbieten. Das haben auch die Arbeitgeber sofort erkannt und auch den Hinweis auf die an der obersten Grenze liegenden Löhne in ihrem Sinne aufgefaßt. Sie richteten auf die ablehnende Entscheidung an das Reichsarbeitsministerium folgendes Schreiben:

. . . . . , den 19. Oktober 1931.

An das Reichsarbeitsministerium.

Mit Schreiben vom 16. Oktober 1931 ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohnabkommens für gewerbliche Arbeitnehmer in Zementwaren- und Kunststein-Betrieben abgelehnt worden.

Wenn die Ablehnung den Sinn haben soll, daß die Vertragsparteien veranlaßt werden, in neuer Vereinbarung die Löhne noch weiter herabzusetzen, so wird dieser Weg — vorausgesetzt, daß er gelingt — solange ohne Erfolg bleiben, als die Unorganisierten immer noch in der Lage sind, auch die neuen Löhne zu unterschreiten. Wir nehmen daher an, daß das Reichsarbeitsministerium gewisse Lohngrenzen bezeichnen kann, bei denen die im Schreiben vom 16. Oktober 1931 geäußerten Bedenken nicht mehr vorliegen, bei denen also eine Allgemeinverbindlichkeit erfolgen würde.

Für eine baldige Mitteilung dieser, als angemessen angesehenen Lohngrenze wären wir verbunden, damit wir sofort mit der Gegenpartei in Verhandlungen eintreten können.

Bund Deutscher Betonwerke e. V.
gez.: (Unterschrift.)

Solche Entscheidungen bringen das Reichsarbeitsministerium um den Rest seines letzten Renommees, nicht nur auf Arbeitnehmer-, sondern auch auf Arbeitgeberseite.

Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger als eine allmähliche Zerschlagung des ganzen Tarifgebäudes. Wir möchten deshalb das Reichsarbeitsministerium ebenfalls fragen, wo die unterste Grenze sein soll, bei der zwischen den Tarifparteien festgesetzte Lohntarife der Gnade gewürdigt werden, verbindlich erklärt zu werden.

Was nützen dann schöne Worte, die hier und da in offiziellen Reden gesagt werden, über die Erhaltung des Tarifgedankens, Widerstand gegen weitere Lohnsenkung usw., wenn die Praxis derjenigen Stelle, die dafür zuständig ist, das Gegenteil besagt. Es ist da kein Wunder, wenn die Unternehmer die Tarifverträge zum nächst zulässigen Termin kündigen und mit Abbau der Löhne auf den Stand von 1925 und 1924 kommen, wie es schon in mehreren Fällen geschehen ist.

Glaubt das Reichsarbeitsministerium wirklich, eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens mit solchen Entscheidungen herbeiführen zu können?

Bei welcher Grenze glaubt es denn, die Unternehmer zufriedenstellen zu können?

Wir glauben nicht, daß durch solche Entscheidungen der Wirtschaft gedient wird. In der Verfassung steht etwas vom Schutz der wirtschaftlich Schwachen. Es scheint so, als wenn das Reichsarbeitsministerium die Arbeiter als die wirtschaftlich Starken ansieht, denen man noch vieles zumuten könnte. Wir wollen die Fälle nicht alle aufzählen, in denen in diesem Jahr die Verbindlichkeit gefällter Schiedssprüche abgelehnt wurde, die von Arbeitnehmerseite beantragt war. Es sind eine ganze Anzahl. Auf alle Fälle tragen Entscheidungen, wie die obigen, nicht gerade dazu bei, daß das Restchen Vertrauen, welches das Reichsarbeitsministerium noch in der werktätigen Bevölkerung besitzt, nicht vollends in die Binsen geht.

Schmäht nicht die Zeit des Dampfes und des Blitzes

Heute, wo wir in Deutschland die 5 Millionen Arbeitslose haben, ist es ganz selbstverständlich, daß über Ursache und Wirkung der Arbeitslosigkeit geredet und auch kritisiert wird.

Und gerade jetzt, wo die Arbeitslosenprobleme in aller Welt aktuell werden, wird bei uns wohl deshalb am meisten diskutiert, weil uns die Not am schärfsten trifft.

Im allgemeinen wird behauptet, daß mit dem Fortschreiten der Technik zwangsläufig die Arbeitslosenziffer steigen müsse. Und gerade in der älteren Generation ist der Ausspruch über die Schuld der Technisierung am häufigsten anzutreffen. Wenn wir uns nun die Frage stellen, wie kommt es, daß gerade unsere älteren Kollegen die Alleinschuld der Technik zuschieben, dann müssen wir bedenken, daß unsere ältere Zieglergeneration früher eine große Fachgruppe war, und daß es früher fast gar nicht vorkam, daß ein Ziegler keine Arbeitsstelle bekommen konnte. Ferner müssen wir in Betracht ziehen, daß viele unserer älteren Kollegen nicht mehr den Geschehnissen der sich überstürzenden Zeit gewachsen sind, und gerade deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Trugschlüsse gezogen werden.

Die Gewerkschaften haben diese Entwicklung kommen sehen und auch vorausgesagt; denn die Forderung des Achtstundentages ist eine Forderung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, stark bekämpft von den Wirtschaftsführern, jetzt „Wirtschaftsversager", „Achtstundentag, das alte Lied, das bei den Bauern nicht mehr zieht", so heißt es in einem Flugblatt gegen die Arbeitszeitverkürzung.

Warum fordern wir kurze Arbeitszeit bei gleichem Lohn? Einmal, um eine größere Zahl Arbeitnehmer in Arbeit und Verdienst zu bringen, zum anderen, um den Fortschritt der Technik auch dem Arbeitnehmer zukommen zu lassen. Und wäre den Forderungen der Gewerkschaften etwas mehr Gehör geschenkt worden, dann wäre die Arbeitslosigkeit nicht in dem Ausmaße eingetreten, wie wir sie heute zu verzeichnen haben.

Aber bei genauer Beobachtung der Machenschaften der Industriekapitäne müssen wir immer wieder feststellen, daß nicht mit aller Energie gegen die Arbeitslosenkrise gekämpft wird, sondern daß man gerade diese Notzeit ausnutzt, um die Arbeiter gefügig zu machen.

Ist es nicht blutiger Hohn, wenn gerade jetzt alle Tarife gekündigt werden, da noch keiner weiß, wie der kommende Winter überstanden werden soll. Aber wenn es um die Machterweiterungen der Schwerindustrie geht, dann werden alle volkswirtschaftlichen Lehren überrannt. Wenn wir weiter feststellen konnten, daß die Industrie auf Grund der Technisierung größere Gewinne erzielen konnte wie je zuvor, dann ist unsere Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn nur allzu berechtigt, denn die technischen Errungenschaften müssen auch den Arbeitern Erleichterungen bringen, wenn bei verminderter Belegschaft eine erhöhte Produzierung der Waren erfolgt, dann steigt auch der Gewinn des Unternehmers, und somit ist er auch in der Lage, einen erhöhten Lohn zu zahlen oder bei einer Kürzung der Arbeitszeit mehr Arbeiter zu beschäftigen. Wir müssen mit der Zeit Schritt halten und alle Fortschritte der Technik für uns auswerten, um eine Verbesserung der Lebenshaltung aller Arbeitnehmer wirksam werden zu lassen.

Ein guter Kenner der Technik schrieb vor kurzem folgendes:

„Der Fortschritt der Maschinentechnik ist unendlich viel größer, als die Masse der Menschen weiß. Würde schon heute von allen technischen Errungenschaften Gebrauch gemacht, so würde eine tägliche Arbeitszeit von zwei Stunden genügen, um den Gesamtbedarf der Menschheit an Nahrung, Kleidung und sonstigen Bedürfnissen zu decken. Der Fortschritt der Technik ist unaufhaltbar und rapide. Was soll aus der Masse der Menschheit werden, wenn die Maschinen in immer steigendem Maße immer mehr Menschenarbeit ersetzt. Wie richten wir es ein, daß die Maschinen statt zum Fluch zum Segen der Menschen werden?"

Das sind Sätze, die zu denken geben, und wenn wir auch in der kommenden Zeit unseren Anteil an den technischen Fortschritten sichern wollen, dann ist es notwendig, schon jetzt die Menschen über die kommende Entwicklung aufzuklären.

Darum nicht verzagt und mutig fortgerungen, der hohe Preis, er ist des Kampfes wert, nur wer im Kampf des Geistes Schwert geschwungen, der hat gesiegt, dem hat die Welt gehört.

Gustav Strate, Münster.

Gaue- und Zahlstellen

Gau 6, Gaukonferenz

25jähriges Bestehen des Gaues.

Am 24. und 25. Oktober 1931 tagte in den Räumen des Breslauer Gewerkschaftshauses die Gaukonferenz. Im Rahmen dieser Konferenz fand gleichzeitig eine Feier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Gaues statt.

Die Konferenz, welche von 81 Delegierten, 11 Gauvorstandsmitgliedern, dem Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Thiemig, Hannover, einem Vertreter des Gaues Sachsen und 4 Gästen besucht war, hatte eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Vor Beginn der eigentlichen Tagung richtete Kollege Wiersich vom Bezirksausschuß Schlesien des ADGB an die Konferenz einige Begrüßungsworte.

Sodann erstattet Kollege Thieme den Geschäftsbericht. Diesem stellte er einen wirtschaftlichen Ueberblick voran, der in großen Zügen die kapitalistische Entwicklung, ihre während und nach dem Kriege erfolgte Umstellung auf ständig sich steigernden Profit, ohne Rücksicht auf planvolle Gütererzeugung und Verteilung, und endlich die bestehende Wirtschaftsanarchie aufzeigte, die nicht nur das deutsche Volk, sondern die Völker fast der ganzen Erde in ihren Lebensbedürfnissen auf das ernsteste gefährde. Kapitalistische Gewinnsucht ist der Antrieb zu planloser Produktion, Anhäufung der Waren, verschärftem Konkurrenzkampf, damit der als kapitalistisches Heilmittel gepriesene Druck auf die Löhne, dessen Folge wiederum die Lähmung der Kaufkraft und Stockung des Absatzes sind. Das Ergebnis dieser Regellosigkeit ist die heutige Wirtschaftskrise, die auch am Fabrikarbeiterverband nicht spurlos vorüberging. Die Mitgliederzahl von 47 000 im Jahre 1928 ist auf 39 000 zurückgegangen. Sehr stark wurde die Zement- und Zementwarenindustrie davon betroffen. Ihr folgen dann die chemische, die Schamotte- und die Ziegelindustrie. Auf die letzte Industrie hatte die völlig gelähmte Bautätigkeit katastrophale Wirkungen. Die Leistung von Vollbeiträgen mußte infolgedessen stark zurückgehen. Dagegen stiegen die Ausgaben für Unterstützungen der verschiedensten Art. Sie betrugen in der Berichtszeit 2 387 974,10 RM. Schwer aber erfolgreich war der Kampf um die Löhne. Insgesamt wurde ein Lohnverlust von 2 727 781 RM im Jahre 1931 durch die Organisation verhindert. Hier hat die Kollegenschaft in sehr anschaulicher Weise den Wert und die Bedeutung der Organisation kennengelernt.

Alle Erfolge waren nur möglich durch ein einheitliches und zielbewußtes Zusammenarbeiten aller Funktionäre. Redner sprach allen den Dank der Organisation aus und bat auch für die Zukunft um rege Mitarbeit.

Für die Glasindustrie im Bezirk Muskau-Weißwasser berichtete Kollege Ideler, Penzig, etwa folgendes:

Die Lage der Glasindustrie ist katastrophal. In der Flaschenindustrie sind 60 Proz. der Beschäftigten arbeitslos. Die Betriebe der Veredelungsindustrie sind zu 50 Proz. stillgelegt. Von 182 Oefen sind nur noch 70 in Betrieb. Von 18 000 Arbeitern sind nur noch 7000 beschäftigt. Unter diesen Verhältnissen war es nicht möglich, alle unsere Positionen zu erhalten.

Die Ausführungen des Kollegen Lehmann, Hirschberg, über die Glasindustrie im Riesengebirge, der Grafschaft Glatz und Oberschlesien unterschieden sich von den vorhergehenden nur unwesentlich. Einer mehrfach vertretenen Auffassung, daß die Glasindustrie eine sterbende Industrie sei, kann nicht beigetreten werden. Wenn technisch gut ausgerüstete Betriebe der Krise zum Opfer fallen, so handelt es sich dabei um allgemeine Zeiterscheinungen. Der Rückgang in Luxusartikeln ist stärker als bei sonstigen Wirtschaftsartikeln. In der letzten Zeit ist auch der Bedarf an Tafelglas und Flaschen stark zurückgegangen.

Große Leistungssteigerungen, hervorgerufen durch stärkste Anspannung der menschlichen Arbeitskraft, gaben den Arbeitgebern große Möglichkeiten zum Abbau der Löhne. 1930 konnte ein allgemeiner Lohnabbau verhindert werden.

Die niedrigen Löhne der Glasarbeiter in Polen und der Tschechoslovakei konnten der dortigen Arbeiterschaft keine bessere Beschäftigungsmöglichkeit bringen.

Für die Porzellanindustrie berichtete der Kollege Griesbach, Dresden, folgendes:

Etwa 43 Proz. der Kollegenschaft der feinkeramischen Industrie arbeiten durchschnittlich 46 Stunden pro Woche. Durch die Reichstarife, sowohl Lohn- als auch Manteltarif, hatte die schlesische Kollegenschaft einen sehr guten Rückhalt. Die erste Lohnsenkung im Jahre 1931 betrug 6 Proz. Daneben versuchten die Arbeitgeber den Abbau der Akkordstückpreise. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts begünstigte diese Bestrebungen.

Nach den Ausführungen des Kollegen Geicke, Breslau, hatte der Gau von 1928 bis 1931 eine Einnahme von 202 617,08 Reichsmark und eine Ausgabe von 197 031 RM. Die Außentätigkeit bestand in 3760 Veranstaltungen. Es wurden 31 angemeldete und 63 unangemeldete Revisionen in den Zahlstellen vorgenommen. Kollege Geicke gibt den ehrenamtlichen Revisoren einige Hinweise bei Revisionen. Alle Berichte wurden beifällig aufgenommen und bei völliger Uebereinstimmung von einer größeren Aussprache Abstand genommen.

Den Bericht vom Verbandstag gaben die Kollegin Richter und Pohl, Hirschberg.

Erstere behandelte im besonderen die Ausführungen über Frauenagitation, Jugendbewegung und Statutenänderung. Sie beleuchtete daher nur auszugsweise und zum Teil kritisch die auf dem Verbandstag aufgestellten Leitsätze der Referenten. Eine neue Regelung des Unterstützungswesens war mit Rücksicht auf die Entwicklung der Finanzen unerläßlich.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es in der Jugendbewegung vorwärtsgegangen. Es muß alles versucht und getan werden, um die Frauen zu einer stärkeren Betätigung im Verbandsleben zu bringen. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde der Jugendfilm „Freundschaft" vorgeführt.

Der reiche Beifall am Schlusse ließ erkennen, daß derselbe bei allen eine gute Aufnahme gefunden hatte.

Alsdann begann die Jubiläumsfeier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Gaues 6, verbunden mit der Ehrung von 13 Jubilaren der Zahlstelle Breslau. Kollege Thiemig, Hannover, dankte den Jubilaren in warmen Worten für ihre der Organisation geleistete Arbeit und ermahnte die jüngeren Kollegen zum Nacheifern. In seinen Ausführungen über das Werden und Wirken des Verbandes stellte er besonders die Entwicklung des Gaues 6 in den Vordergrund und gedachte in ehrender Weise derjenigen Kollegen, die durch Tod aus den Reihen der Kämpfer geschieden sind.

Neben guter Musik sorgte auch der Breslauer Männerchor sowie ein gutes Varietesprogramm für angenehme Unterhaltung der zahlreich erschienenen Mitgliedschaft und ihrer Angehörigen.

Am nächsten Tage gab Pohl, Hirschberg, eine allgemeine Uebersicht über die Verhandlungen des Verbandstages, der zweifellos die Stärke der Organisation bewiesen hat.

Er berührte das Problem Keramischer Bund — Gesamtorganisation. Auf dem Verbandstage habe man sich mit der 40-Stunden-Woche stark beschäftigt und diese Frage auch von der prinzipiellen Seite her gestreift. Den Höhepunkt des Verbandstages habe das Referat Wissells bedeutet. Die Regierungspolitik des Kabinetts Brüning ist stark kritisch beleuchtet worden. Kollege Pohl betonte, daß der Abschied der Kollegen Brey und Girbig die Geschichte der Organisation noch einmal in kurzen Zügen aus den kleinsten Anfängen bis zur heutigen Größe vor den Augen der Verbandstagsteilnehmer erstehen ließ.

An der Aussprache beteiligten sich Kollege Lange, Weißwasser, Kollegin Feistel, Glatz, und noch mehrere Redner.

Sodann erstattete der Kollege Lange, Weißwasser, ausführlich Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Frankfurt am Main.

Eine Diskussion wurde zu diesem Referat nicht gewünscht.

Danach sprach Kollege Thiemig, Hannover, über das Thema: „Wirtschaftsfragen und unsere Schlußfolgerungen."

Redner legte ausführlich unseren Standpunkt als freie Gewerkschaften zur Wirtschaftslage und der immer stärker in Erscheinung tretenden politischen Krise dar. Wenn der Kapitalismus seine Herrschaft immer noch aufrechterhalten kann, so deswegen, weil er seine unermeßliche wirtschaftliche Macht in seinem Besitz hat und sich auch auf Teile der Arbeiterschaft zu stützen vermag. Dem geschlossenen Handeln des Unternehmers muß ein solches der Arbeiterbewegung entgegengestellt werden. Auch in der Krise und gerade in der Krise muß eine große Werbekraft unsererseits entfaltet werden.

Die gewerkschaftliche Arbeit ist schwer, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse alle gegen uns sprechen. Wir müssen aber auch einmal einen Rückschlag ertragen können, wenn wir siegen wollen.

In einer Zeit größter Arbeitslosigkeit ist unsere Arbeit gewaltig erschwert. Obwohl in Deutschland 4 Millionen Menschen weniger vorhanden sind als früher, haben wir 3,5 Millionen Arbeitsuchende mehr. Der Krieg und die Folgejahre haben eine gewaltige soziale Umschichtung hervorgerufen. Zu einem Ueberangebot von Arbeitskräften gesellte sich die Rationalisierung, die zum Teil überstürzt und sinnlos war. Die Technik vollbrachte Wunder in bezug auf die Steigerung der Erzeugung. Nicht gleichen Schritt mit dieser Steigerung hielt die Steigerung der Kaufkraft. Die fehlenden Absatzmöglichkeiten bringen Leerlauf im Betrieb, und dieser wiederum belastet die Ergiebigkeit der Wirtschaft. Wenn heute Frankreich von der Krise noch nicht oder nur unmerklich erfaßt ist, so hat dies weniger seinen Grund darin, daß es keine Reparationen zu leisten hat, sondern in der Tatsache, daß dort die Rationalisierung bei weitem nicht das deutsche Tempo angenommen hat. Die handwerklichen Betriebe haben dort an der Produktion einen verhältnismäßig großen Anteil. Im übrigen ist es von den Kapitalisten unehrlich, wenn man die Reparationszahlung als Hauptursache für unsere Lage verantwortlich macht, denn jene Kreise sind am Weltkrieg nicht ganz unschuldig.

Redner ging dann auf die Schwierigkeiten in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die unerläßlich notwendig ist, ein. Wir dürfen uns nicht allzusehr auf staatliche Maßnahmen verlassen. Die Kapitalisten sehen im Lohnabbau den einzigen Ausweg aus der Krise, merken aber nicht, daß sie dabei selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Fünf Forderungen sind es, die in der Hauptsache von ihnen aufgestellt werden, nämlich den Abbau der öffentlichen Betriebe, der Löhne, der Sozialversicherung, der Tarife der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe und die Beseitigung jeder Art Zwangswirtschaft. Diesen Forderungen haben die Gewerkschaften aller Richtungen gemeinsam die Forderungen der Gewerkschaften entgegengestellt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist ins Wanken geraten. Es gilt für die Gewerkschaften, die Vorarbeit für die Ablösung dieses Systems zu leisten. Bei aller Ungewißheit, in der wir heute leben, ist ein bestimmter Grad von Zuversicht und Glauben an unsere Kraft erforderlich. Dazu ist auch eine Berechtigung vorhanden. Wie aus einem Nichts eine große Gewerkschaftsbewegung entstanden, wie aus einem rechtlosen Sklaven der organisierte Kämpfer für Menschenrechte geworden ist, so wird auch die Arbeiterschaft nach dieser ungünstigen Zeit zu neuen Erfolgen geführt werden. Eine Bewegung wie die gewerkschaftliche Organisation ist nicht zu vernichten. Wir sind auf dem richtigen Wege.

Von einer Diskussion über das beifällig aufgenommene Referat wurde Abstand genommen.

Die darauffolgende Wahl zum Verbandsbeirat ergab die Wahl der Kollegen Deswysen, Breslau, und Arlt, Görlitz, durch Stimmzettel.

Die Wahl der Kollegen Kühn, Waldenburg, und Lange, Weißwasser, wird, da der Vorstandsbeschluß betreffs Entsendung von Branchenvertretern in den Beirat noch besteht, per Akklamation und einstimmig vorgenommen.

Unter Punkt Verschiedenes gab Kollege Thieme Aufschluß über den Stand der derzeitigen Lohnbewegungen und Tarifkündigungen. Außerdem wurden noch einige andere Angelegenheiten erledigt.

Kollege Thieme sprach sodann Schluß- und Dankesworte an die Delegierten und wünschte, daß auch in Zukunft alle Kollegen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten im Verbande treu zusammenstehen und schloß mit einem dreimaligen begeistert aufgenommenen Hoch auf die Internationale und den Fabrikarbeiterverband die Konferenz.

(Fortsetzung von Seite 306.)

vereine, noch Gas- und Stromrechnungen. Nicht weniger als fünf Grundstücke stehen demnächst zur Zwangsversteigerung, und sämtliche Ladeneinrichtungen sind mehrmals gepfändet. Das ist das Ergebnis einjähriger kommunistischer Genossenschaftspolitik.

Aus diesem Beispiel muß die Arbeiterschaft lernen und überall dort, wo die KPD. sich anmaßt, Führerrolle zu spielen, den Spaltern und Verderbern gehörig auf die Finger klopfen. Das Beispiel im AKV. Halle zeigt, wie mit den Interessen der Arbeiterschaft in verbrecherischer Weise Schindluder getrieben und jahrzehntelanger Aufbau in der Arbeiterbewegung in kurzer Zeit zerstört ist. Das ist die eindeutige Lehre von der kurzen Herrlichkeit kommunistischer Mißwirtschaft in einem Arbeiterunternehmen.

Literarisches

Für Mieter. Die Mieter werden darauf verwiesen, daß die Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, das Informationsorgan für Wohnungs- und Mieterfragen herausgibt. Es sind bereits fünf Nummern erschienen. Interessenten wollen sich an die Werbeabteilung wenden.

Reichsbund-Kalender 1932, herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin C 2, Rolandufer 6 — Der Kalender ist auf die Bedürfnisse der Kriegsopfer zugeschnitten. Sein textlicher Inhalt gleicht aber auch einem kleinen Handbuch und Hilfswerk für die Auskunftserteilung an Kriegsopfer und Sozialrentner. In einem Beitrag des Bundesvorsitzenden Pfändner „15 Jahre Reichsbund" ist die Geschichte des Bundes festgehalten. Auch andere Artikel enthalten Wissenswertes über die Kriegsopferbewegung und ihre Ziele. Gegen Voreinsendung von 50 Pfennig auf das Postscheckkonto des Reichsbundes, Berlin Nr. 38 835, kann der Taschenkalender portofrei bezogen werden.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziff. 3a, in Verbindung mit § 14, Ziff. 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Lüneburg:** Paul Thiele, Buchnummer 610 084. — **Waren i. Mecklbg.:** Friedrich Dethloff, Buchnummer 1 119 578. — **Altenburg i. Thür.:** Emil Planer, Buchnummer P 40 263.

Arbeitsmarkt

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Glasmacher, gut eingearbeitet auf Schiller-, Wolf-, Kutscher-Maschinen sowie als Presser, sucht Arbeit. Angebote erbeten an Verband der Fabrikarbeiter, Duisburg, Landfermannstraße 8.

FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Sorge der Arbeiterin um die Erhaltung ihrer Arbeitsstelle

Besonders die Arbeiterinnen sind es, die sofort darauf reagieren, wenn das Gerede im Betrieb herumgeht: diese oder jene Abteilung, oder der ganze Betrieb soll stillgelegt werden. Da sieht man, wie jede Arbeiterin versucht, ihre Arbeitsstelle zu retten. Sie schuften alle wie wild, damit der Meister oder die Abteilungsleiterin von ihr einen guten Eindruck bekommt. Aber das nützt ja alles nichts; denn der Direktor sagt: „Fünfzig müssen entlassen werden!" Diese Fünfzig haben in den letzten Tagen mit ihrer Arbeitskraft genau so wie die anderen gewüstet; das nützte ihnen nichts, sie erhielten wegen „Arbeitsmangel" die Papiere. Den noch Beschäftigten ist es nicht wohl zumute, wenn sie jetzt bei ihren arbeitslosen Kolleginnen vorbeigehen müssen. Es entsteht Haß und Neid, Verärgerung usw. Und was macht nun in den meisten Fällen die noch beschäftigte Arbeiterin? Sie schuftet und verausgabt ihre Arbeitskraft, solange wie sie nur kann, um möglichst als Arbeitspferd beim Unternehmer gestempelt zu werden. Sie holt womöglich ohne Rücksicht auf ihren Körper das Arbeitsquantum der entlassenen Kollegin ein, und der Arbeitgeber kommt zu der Auffassung, daß er die Entlassungen schon viel früher hätte vornehmen müssen. — Was ist aber das Ende dieser Schufterei? Nach ein paar Wochen müßte sie sich krank schreiben lassen, ihre Kräfte versagen! Tut das die Arbeiterin? Nein, sie tut es nicht, denn sie hat Angst, daß ihr die Arbeitsstelle verloren geht. Sie denkt nicht daran, daß ja ihre Arbeitskraft versagt und sie sich von der Arbeitsstelle trennen muß, sie kann ja nicht mehr so arbeiten, wie es die Betriebsleitung verlangt, und trotzdem klammert sie sich an die Arbeitsstelle fest und zeigt nach außen, daß sie nicht krank ist — sie kann noch arbeiten.

Inzwischen sehen sie aber mit eigenen Augen, daß die Speicher nicht leer werden; aber der Arbeitgeber sagt nicht zu den Frauen: „Schuftet nicht so, teilt eure Arbeit ein!", sondern er sagt am Lohntag: „Fünfzig oder noch mehr müssen wegen Arbeitsmangel entlassen werden!" Und was sagt die entlassene Arbeiterin: „Das ist der Dank für meinen Fleiß!" Das ist richtig. Der Fleiß hat ihr aber nichts genutzt, denn es waren keine Abnehmer da, die die hergestellten Produkte kauften. Infolgedessen kommt der Unternehmer zu der Entscheidung, daß er Not leide und für die Arbeiterschaft kein Geld habe, um sie für die Arbeitsleistung zu bezahlen.

Woche für Woche lesen wir von Betriebsstillegungen und von Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Immer größer wird die Zahl der Arbeitslosen und der Arbeitsunfähigen. Der Kampf durch übermäßige Schufterei um die Erhaltung der Arbeitsstelle hat ihnen nichts genutzt. Arbeitsstelle und Arbeitskraft sind wertlos geworden. Man braucht sie nicht, es fehlen die Käufer und Verbraucher. Sie sind wohl da, aber sie haben kein Geld, sie haben keine Arbeitsstelle mehr, trotzdem sie um diese mit ganzer Hingebung gerungen haben.

Hat die Arbeiterschaft restlos mit ganzer Hingabe um die Arbeitsstelle gerungen, hat sie wirklich für die Zukunft gesorgt? Nein, das hat sie nicht; die Arbeiterin, trotzdem sie körperlich schwächer ist als der Mann, sorgte noch weniger! Die Arbeiterinnen hatten nur Angst, quälten und opferten sich, aber sie taten nichts weiter! Sie überlegten nicht, trotzdem so oft von den gewerkschaftlichen Organisationen darauf hingewiesen wurde, daß neben der Rationalisierung des Betriebes auch die Arbeitskraft des Menschen gleichmäßig eingeteilt werden muß.

Das Blatt hat sich gewendet: es lautet: Wie erhalte ich meine Arbeitskraft? Und die Antwort hätte lauten müssen: „Die Arbeitskraft ist das einzige Vermögen, das ich besitze, und mit dieser muß ich haushalten, um vor Not und Krankheit bewahrt zu bleiben!" Und dann wäre die Arbeitsstelle für alle gesichert gewesen; jeder hätte verdient und kaufen können; der Unternehmer hätte keine Anhäufung der Produktion; Haß und Unzufriedenheit wäre nicht eingetreten; alles liefe auf einer gesunden Bahn. Nun spürt es die Arbeiterschaft am eigenen Leibe, die Arbeitskraft liegt brach. Umsonst waren die billigen und willigen Opfer für die Erhaltung der Arbeitsstelle.

Nach all diesen Resultaten bleibt nichts weiter übrig, als die eine Lehre zu ziehen: „Sorge ein jeder für die Erhaltung der Arbeitskraft, dann hat er auch die Arbeitsstelle sicher!"

Die Frau hat es um so nötiger, denn sie ist die Trägerin der Menschheit und der Fortpflanzung. Auf diese Art und durch die freien Gewerkschaften schafft sich die Arbeiterschaft eine gesunde Wirtschaftsordnung, in der es keine einseitige Bereicherung gibt; denn ein jeder hat dann Arbeit und Brot.

Elsr. Kämmer, Köslin.

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Preczang.

Copyright 1930 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nein, tot war sie nicht. Denn als der Frühling seine weißen Kerzen auf das junge Laub der Kastanien vorm Hause steckte, als er seinen rotweißen Schnee aus den Apfelbäumen im Garten zauberte und eine Wiese in der Nachbarschaft mit blauen, roten, weißen und gelben Tupfen besäte, da wurde es besser mit Jeremias Tattenbach und mit Frau Trudes Heiterkeit und Hoffnung und Lebenslust. Und es folgten nicht nur drei gute Tage aufeinander, sondern drei Monate und noch mehr. Es war eine Welle, die wieder einmal beide nach oben trug und es vergessen machte, daß sie eben noch da unten in Dunkel und Gefahr geschwommen. Und es zeigte sich von neuem, wie fest sie aneinandergekettet waren in Lust und Leid, in Qual und Freude; wie der erste schöne Frühlingstag die bitterböse Rechnung wegwischte, die der Winter zwischen ihnen halte auflaufen lassen.

Die Sonnenwärme lockte Jeremias aus dem Bett. Frau Trude polsterte den alten Lehnstuhl am Fenster mit Kissen; darin versank der Kranke und saß nun wie eine magere Puppe mit wachsgelbem Gesicht in der weichen Umhüllung. Trude erschrak. Sie hatte ihn ja Tag für Tag, Stunde für Stunde gesehen, aber nicht so. Nun das Leiden an die Sonne gebracht war, erschien ihr die eigne Pein des vergangenen Winters klein und nichtssagend. Sie konnte nicht verhindern, daß sie sich selbst gelegentlich im Vorübergehen im Spiegel betrachtete; es zog sie an, einen Vergleich zu ziehen. Und da war nun freilich kein Zweifel, daß dieses Gesicht trotz seiner Gramspuren noch immer das leibhaftige Leben gegenüber dem anderen bedeutete. Sie fühlte es fast wie einen Vorwurf: wie der empfindliche Wohlhabende seinen Reichtum als einen Vorwurf betrachten mag, wenn nackte Armut neben ihm sitzt. Die Launen des Leidenden hatten ihre Liebe mißhandelt; er war zeitweise hart, zänkisch, ungerecht gewesen, und die Liebe verkroch sich davor wie ihre Heiterkeit. Aber nun lag das volle Sonnenlicht auf den bleichen Zügen und spiegelte sich matt in den trüben Augen — da brach sie mit Macht wieder hervor, die alles verzeihende, die mitleidende, die helfende und hoffende alte Liebe.

Und wie es immer bei zweien ist, die sich gut kennen; der eine braucht nur eine wohlvertraute Saite anzuschlagen, denn tönt sie bei dem andern mit. Auf den Ruf kommt das Echo. Ein Blick kann Jahre erwecken und wie ein Magnet lange Gedanken- und Empfindungsketten heraufziehen. So war es auch hier. Jeremias sah das Auge seiner Frau so innig auf sich gerichtet, daß sein erstes Gefühl das eines begangenen Unrechts war. Er ergriff ihre Hände: „Du hast es schwer gehabt, Liebste!"

Sie nickte: „Aber du? Ach, 'mias, ich glaube, ich bin nicht immer so gut gegen dich gewesen, wie ich hätte sein sollen."

„Viel zu gut warst du. Ja, ganz gewiß! Du bist zu allem still, erträgst schweigend die größte Ungerechtigkeit. Warum wehrst du dich nicht?"

„Soll ich auch keifen und zanken?" Sie lächelte.

„Vielleicht. Siehst du: es ist so fürchterlich langweilig im Bett."

Nun mußte sie lachen. So hell und klingend, daß sie selbst über diesen Ton erstaunte.

„Wie lange hab' ich das nicht gehört . . .!" Es war ihm wie ein Gruß aus alten Tagen.

Ja, auch die Heiterkeit war aus ihrem Winterschlaf erwacht und schickte ihr freudiges Tönen hinein in das Gelärm der Finken, die aus dem Kastanienbaum zum offenen Fenster hereinzwitscherten und Frau Trudes leise Angst zu Tode sangen. Die Angst, daß es morgen, übermorgen wieder anders sein, daß das graue Gespenst mürrischer Lebensfeindlichkeit wieder aufstehen könne dort aus der Ecke. Aus der Ecke, wo das Bett Jeremias' stand. Aber der Spuk war in den Ritzen verschwunden, die in dem Fußboden dieses alten Häuschens klafften. Und er blieb verschwunden.

Doktor Trall war sehr zufrieden. „Gegenüber der Sonne sind wir doch die elendesten Stümper. Die Luft wird das ihrige tun. Uns bleibt weiter nichts übrig, als ihn zu mästen, Frau Tattenbach. Ertränken Sie ihn in Milch. Es steht da übrigens eine ausgezeichnete Bank auf der Südseite des Hauses: wie wäre es mit einem kleinen Ausflug dahin, Herr Patient?"

„Ja, ich weiß nicht . . ."

Der Arzt nahm einen Arm, Frau Trude den andern. Sie waren noch nicht bis zur Stubentür gekommen, als Jeremias laut auflachte, glücklich wie einer, der seinen Sargdeckel gesprengt hat und nun in der vollen Sonne steht, verwundert über die Gelenkigkeit seiner Glieder. „Laßt mich doch los! Trude! Doktor! Ich kann ja allein . . ." Er ging zur Tür, zum Hause hinaus, setzte sich auf die Bank, erhob sich von neuem, wanderte durch den Garten, kam zurück und lachte: „Ich war ein rechter Pessimist, Doktor. Aber jetzt . . ."

„Jetzt hängt Ihnen der Himmel voller Geigen, nicht? Sehr gut. Aber schonen Sie sich noch ein wenig. Und lassen Sie sich durch kleine Rückfälle nicht verblüffen."

Alle drei saßen nun auf der Bank.

Doktor Trall fragte: „Was machen unsere Wanderer? Ihr Bursch' und der lange Athlet? Gehen die Geschäfte?"

„Sie schicken alle Monate, nicht, Trude?"

„Ja. Entweder muß es ihnen sehr gut gehen oder sie schränken sich über die Maßen ein. Nach dem zu urteilen, was uns die Post bringt."

„Hungern sollte der Junge nicht," meinte Trall bedenklich.

„Das habe ich ihnen geschrieben. Friedrich antwortete: ‚Haben Sie man keine Angst. Wir leben wie die Schlemmer. Das Wiesel wird stark und groß, und ich bin auch noch nicht kleiner geworden.' Und Jeremi hatte hinzugefügt: ‚Wir sind sehr lustig, Mutter. Ich esse wie'n Wolf und schlafe wie'n Bär. Also . . .'"

„Ja. Da dürfen Sie ruhig sein." Der Arzt erhob sich. Sein Blick streifte noch einigemal unauffällig den Kranken. Dann reichte er beiden die Hand und ging.

Von da an hatte Jeremias seinen ständigen Platz auf jener Bank, die er oft vom Morgen bis zum Abend nur verließ, um ein wenig in dem kleinen Garten zu wandern oder mit Trude die Mahlzeiten in der Laube einzunehmen. Er begann wieder zu lesen und sich für die Dinge der Außenwelt zu interessieren. Neue Kräfte schienen ihn zu erfüllen. Kleine Gartenarbeiten beschäftigten ihn. Er war voller Hoffnung und Zuversicht. Er und Frau Trude. Der alte Friede webte wieder um sie her, die alte Freude. Nur manchmal, wenn sie auf der Bank am Hause saßen, mußte Frau Trude hinaussehen auf die Wiesen und Felder, auf den Fluß, der da unten sein silbernes Band zog, auf die blauen Wälder am Horizont, auf die staubige, graue Landstraße, deren Krümmungen sie an den Bäumen verfolgen konnte — und eine Sehnsucht wollte in ihr aufwachen nach der Glücksbude, die nicht stillstand, wie sie selber es mußte, die von keiner Hecke eingeschlossen war wie das Haus hier. Nicht mehr als zwanzig Schritte konnte sie in einer Richtung gehen, dann schlossen die Dornen vor ihr den Weg.

Wie häufig aber sagte Jeremias: „Ist's nicht viel besser hier als in dem Wagen? Wie gemütlich, wie anheimelnd und ruhig! Man sitzt immer unter denselben Bäumen und freut sich, wie die Blätter werden, die Blüten und Früchte. Alles sehen wir wachsen, Liebste! Nein, ich möchte nie zurück in die Unruhe, in den Lärm, in dem ich doch nicht heimisch bin."

Frau Trude schwieg. Es genügte ihr, ihn glücklich zu wissen. Und es waren ja auch nur einzelne Stunden, in denen sie sich arm dünkte, weil sie in dieser Enge eingeschlossen.

„Die Tattenbachs sind ein seßhaftes Geschlecht, Trude. Wo sie sich niederlassen, stehen sie so bald nicht auf. Wie froh bin ich, daß ich wieder festen Boden unter den Füßen fühle! Ob wir hier Wurzeln schlagen werden? — Wohl kaum. Ich, ja, ich kann ja nicht in die Heimat zurück. Aber der Junge? Weißt du, was ich denke, Liebste? Wenn er dorthin zurückkehren und meinen Namen wieder zu Ehren bringen könnte!"

„Jeremi?"

„Ja. Was bist du so erstaunt? Es ist doch nur natürlich. Oder willst du ihn untergehen lassen in diesem Zigeunerleben? Wir konnten es ja bisher nicht ändern. Aber nun ist Friedrichs Arm geheilt und er braucht keine Hilfe mehr."

„Was willst du tun, 'mias?"

„Mir ist da ein Gedanke gekommen. Vor allen Dingen muß der Junge doch einige Jahre die Schule besuchen — wenn wir ihn zu Dora geben würden . . .?"

„Nein!" Frau Trude sagte es so heftig, daß sie selber erschrak. „Hat sie — hat Dora an dich geschrieben?"

Er schüttelte den Kopf. „Noch nicht. Ich fragte erst vor einigen Tagen bei ihr an."

Frau Trude stand auf: „Du hast ihr diesen Vorschlag gemacht?"

„Warum nicht? Sie würde Jeremi gut halten, das ist außer Frage. Und ihn zu etwas Rechtem erziehen."

„Etwas Rechtem!"

„Du bist erregt, Trude."

Ja, die kleine Falte auf der Stirn war wieder da. Die brennenden Augen blickten über die Hecke hinweg — dorthin, wo die Bäume der Straße am Horizont verschwanden.

„Mit meiner Einwilligung wird Jerimi nicht zu Dora gehen, 'mias. Oder er müßte es selbst wollen."

(Fortsetzung folgt.)

Wer hat recht, meine Frau oder ich?

Hält man das für möglich, meine Frau und ich zankten uns kürzlich wegen des Einkaufs im Konsumverein, und ich mußte meine ganze Ueberredungskunst aufnehmen, sie zu überzeugen, daß eine Arbeiter- und Angestelltenfrau im Konsum ihre Waren zu kaufen hat. Das war nicht etwa leicht.

So fing es an. Sie kam mit dem vollen Netz vom Einkauf zurück, da sah ich, daß sie nicht alle Waren im Konsum gekauft hatte. Ich stellte sie zur Rede und fragte sie:

„Warum hast du denn die Butter nicht im Konsum gekauft?"

„Weil sie bei Schulze nur 56 und im Konsum aber 58 Pfennig das halbe Pfund kostet und weil sie nicht so salzig ist wie die vom Konsum. Bitte, überzeuge dich selbst," gab sie mir zur Antwort.

Ich überzeugte mich, und tatsächlich schmeckte die Konsumbutter ein klein wenig salziger, sonst war die Qualität die gleiche.

„Die Konsumbutter ist aber trotz des höheren Preises nicht teurer als die von Schulze," sagte ich.

„Aber doch, um 2 Pfennig," entgegnete meine Frau heftig.

„Nein, nein, du irrst, sie ist in Wirklichkeit noch einen halben Pfennig billiger als die Schulzen-Butter; denn du bekommst doch 5 Proz. Rückvergütung, die du in Rechnung stellen mußt," klärte ich meine Frau auf.

Sie wollte sich aber nicht auf diese Weise überzeugen lassen und verwies noch darauf, daß ja Schulze auch Rabattmarken gebe, für die man bei bestimmten Summen Wäsche oder Porzellan erhalte.

„Aber kein bares Geld oder Butter und nicht soviel Prozent," war meine Antwort darauf.

Ich bat meine Frau noch einmal für einen längeren Zeitraum die anderen Warenpreise mit denen der Händler und Bäcker zu vergleichen und dann Feststellungen zu treffen. Besonders beim Brot solle sie Gewicht, Preis und Güte beachten und auch darum denken, daß der Konsum über ein Jahr lang das Brot um 2 Pfennig das Pfund billiger abgab als die Bäcker.

Als meine Frau diese Beweise nicht entkräften konnte, wurde sie nicht ruhiger, sondern erregter. Sie schnitt deshalb ein anderes Konsumgebiet an, um sich für ihre Preisniederlage zu rächen. Sie begann über die nicht so höfliche und etwas langsamere Bedienung in unserer Konsumverkaufsstelle zu schimpfen und klagte, daß es im Konsum immer so voll sei, daß man so lange warten müsse, daß auch die anderen Frauen darüber räsonieren, daß man beim Einkauf im Konsum nervös werde und daß vor einigen Tagen zwei Frauen aus dem Laden liefen und zum Krämer gingen, weil sie das Warten nicht mehr ertragen konnten. Die Verkäuferinnen seien so patzig und so umständlich und nicht so zuvorkommend wie in Privatgeschäften. Das gehöre sich nicht. Ich bekam ein langes Klagelied zu hören.

Als ich wieder zu Wort kommen konnte, war es mir freilich nicht möglich, alle erhobenen Vorwürfe meiner Frau zu entkräften, weil ich selbst ähnliche Erfahrungen gemacht hatte. Ich bat sie, doch einmal ihre Klagen zu sammeln und eine Beschwerde einzureichen oder in einer Versammlung vorzubringen.

„Da wäre ich schön dumm," fiel sie mir ins Wort, „wie komme ich dazu, das sollen doch die anderen Frauen machen. Wenn ich das tun würde, müßte ich ja noch länger warten; denn die Verkäuferinnen würden mir das schwer fühlen lassen. Das ist doch nicht Sache der Mitglieder, nach dem Rechten zu sehen, sondern ist das Aufgabengebiet der Geschäftsleitung. Ich setze mich doch nicht in die Nesseln."

So ähnlich ging es noch eine Weile weiter. Ich suchte ihr auch darauf begreiflich zu machen, daß sie nicht in der Hauptgeschäftszeit einkaufen, daß sie sich stillere Stunden zum Einkauf heraussuchen möge. Sie solle auch einmal den Versuch machen, ihre Bedürfnisse in ein Buch zu schreiben, es abzugeben mit dem Bemerken, ihr die Sachen einzupacken, sie komme später, werde bezahlen und sie abholen. Sie möge doch selbst mit dazu beitragen, eine etwas reibungslosere, schnellere Abwicklung in der Verkaufsstelle einzuführen. Ich erzählte ihr davon, daß ich dieses System in Hamburg eingeführt fand, und daß es sich bewährte, wovon ich mich bei meinen Einkäufen selbst überzeugte. Sie solle als Frau lieber mithelfen, den Genossenschaftsgedanken weiterzutragen und für eine bessere Warenabgabe durch ihr Beispiel zu wirken. Dazu [illegible] nur im Konsum Gelegenheit, aber nicht in Privatgeschäften.

Trotz dieser Entkräftung ihrer herausgesprudelten Beschwerden machte ich ihr begreiflich, wie erfolgreich und wie möglich die Konsumvereine als Preisregulator wirken, welche sozialen Einrichtungen sie z. B. in verschiedenen Bezirken für erholungsbedürftige Kinder ihrer Mitglieder eingerichtet haben, daß sie vielfach auch Wohnhäuser mit erträglichen Mieten bauen, daß sie zum größten Teil höhere Löhne und Gehälter als die Privatkapitalisten bezahlen, vorbildliche Betriebseinrichtungen schufen und bessere Tarifvertragsbestimmungen gewähren.

Vor allem möge sie aber bedenken, was die Konsumvereine heute schon für eine Wirtschaftsmacht der werktätigen Bevölkerung darstellen. „Wir als Arbeiter", fuhr ich fort, „haben uns zum Ziel gesetzt, die privatkapitalistische, gegenwärtig in der Krise völlig versagende Wirtschaftsordnung in eine geregeltere gemeinwirtschaftliche sozialistische Wirtschaftsordnung umzuwandeln. Wir brauchen dazu, wenn wir den festen Willen haben, keine Gewaltanwendung. Wir müssen als Arbeiter, Angestellte, Beamte und Freischaffende nur viel mehr als bisher unsere Kaufkraft in unseren Genossenschaften umsetzen, dann sind wir stark, unüberwindlich und erreichen unser Ziel ohne eine Flintenkugel oder Schwertstreich."

„Wie willst du denn das fertigbringen und auf friedliche Weise zu dem genannten Ziel kommen," fragte mich meine Frau.

Darauf antwortete ich: „Das ginge auf sehr einfache Weise. Denke dir z. B. im Jahre 1929 hatten die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland ein Lohn- und Gehaltseinkommen in Höhe von 45 Milliarden Reichsmark. Das gesamte Volkseinkommen betrug 70—72 Milliarden Reichsmark. In den 45 Milliarden Reichsmark Lohn- und Gehaltseinkommen steckt die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Es können ja die 45 Milliarden Reichsmark nicht insgesamt in den Konsumgenossenschaften umgesetzt werden, weil auch noch andere Bedürfnisse befriedigt werden müssen, aber ein großer Teil von der darin enthaltenen ungeheuer großen Kaufkraft könnte in eigenen Genossenschaften und sonstigen eigenen Geschäften der organisierten Warenverbraucher umgesetzt und in Spargeldern angelegt werden. Kaufkraft ist Wirtschaftsmacht. Wirtschaftsmacht ist Staatsmacht. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen diese in ihren Händen befindliche Wirtschaftsmacht selbst übernehmen, selbst verwalten, selbst ausnützen. Darauf müssen wir hinarbeiten, dazu müssen wir alle verfügbaren Kräfte sammeln. Deshalb dürfen wir in unserer Aufklärungsarbeit nicht versagen, sondern müssen alles vermeiden, was uns abträglich ist und alles tun, um unserer Genossenschaftsbewegung förderlich zu sein.

Meine liebe Frau, wir tun deshalb gut daran, uns nicht mehr zu streiten, ob das Pfund Butter teurer oder billiger ist, sondern wir benutzen unsere Kaufkraft als Wirtschaftsmacht, stellen sie dem Konsum zur Verfügung, verlangen von ihm treue und gewissenhafte Verwaltung und Vermeidung jeglichen Aergernisses und tragen dazu persönlich bei, die Gemeinwirtschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Damit ist uns, der Arbeiterschaft und der Konsumgenossenschaft geholfen. Drum wollen wir nicht mehr soviel reden, sondern handeln, indem wir all unsere Haushaltswaren im Konsumverein kaufen. Wir Deutschen reden viel zu viel über auftauchende Probleme, wir sollten weniger reden, sondern handeln, Taten zeigen und damit Aufgaben erfüllen. Das wäre uns dienlicher und würde uns mehr nützen."

Dagegen konnte meine Frau nichts mehr ins Feld führen. Sie gab zu, daß ich wieder einmal recht habe. Ob alle Frauen das zugeben würden?

Ein Genossenschaftsfreund.

Die Rückvergütung der Konsumvereine

Viele Konsumvereine haben soeben ihren Jahresabschluß gemacht. Wenn die Wirtschaftskrise auch an den Konsumvereinen nicht vorbeiging, wenn sie auch hier Spuren hinterließ und noch schwere Aufgaben stellt, so werden die deutschen Konsumvereine doch auch dieses Jahr einen Teil ihres Wirtschaftsertrags in Form der Rückvergütung an ihre Mitglieder auszahlen. Die Rückvergütung wird in diesem Jahre mit besonderer Freude begrüßt werden, und diese Freude wird dort besonders groß und nachhaltig sein, wo das Mitglied mit hohem Umsatz die reiche Rückvergütung abheben kann. Mancher Familienmutter wird eine Sorge abgenommen, wenn der Konsumverein ihr mit der Rückvergütung beispringt. Nun ist für diese oder jene Anschaffung Geld vorhanden, das aus dem schmalen Lohn und der Arbeitslosenunterstützung nicht zu nehmen war. Sollte die Rückvergütung geringer sein als mancher sie sich wünschte, so möge der Vorsatz gefaßt werden, in allen ferneren Zeiten den Umsatz im Konsumverein so hoch als möglich zu gestalten, damit auch die Rückvergütung recht hoch sein kann. Man möge aber auch nicht den Konsumverein vergessen, der die Rückvergütung ersparte und zum Scherflein in der Not anwachsen ließ. Man trage die Rückvergütung restlos wieder in den Konsumverein hinein, damit seine Tätigkeit für seine Mitglieder immer segensreicher werde.

Leistungen der Konsumvereine

Man kann die Leistungen der Konsumvereine nicht in wenigen Worten aufzählen. Auch wenn sie dem Kurzsichtigen nicht erkennbar sind, stehen diese Leistungen vor uns. Blicken wir etwa dreißig Jahre zurück auf die Anfänge konsumgenossenschaftlicher Arbeit, so darf staunen, wer dem kleinen Anfang diese Entwicklung nicht zutraute. In rund tausend Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind drei Millionen Verbraucher zusammengefaßt, und die haben einen Umsatz von fünfviertel Milliarden Reichsmark. In großen Betrieben wird unablässig am Ausbau aller konsumgenossenschaftlichen Angelegenheiten gearbeitet. Die Rückvergütungssummen verscheuchen manche Sorgen. Brot und Fleischwaren, von den Konsumvereinen örtlich hergestellt, nehmen mit den anderen von Konsumvereinen verteilten Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern in Güte und Preis jeden Wettbewerb mit privaten Unternehmungen auf. Heute ist nur die Frage erlaubt, wie Qualität und Preis sich entwickelt hätten, wenn die Konsumvereine nicht die Wege der Qualität und Preiswürdigkeit gewiesen und gegangen wären. Die zentrale Bezugsquelle, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit ihren mehr als 50 großen Herstellungsbetrieben, gleicht einer starken Festung, an der sich das kapitalistische Gewinnstreben mattrennt. Geregelte Arbeitsbedingungen für die in den Konsumvereinen beschäftigten Menschen geben dem Arbeitsverhältnis neuen Inhalt. Wer möchte solche Leistungen verkleinern oder sich verkleinern lassen? Vermehren wir diese Leistungen durch ständige Benutzung der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen.

Verlag: Hermann Gränzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Renninger; beide Charlottenburg, Prahestraße 2–5. Druck: A. Janiszewski G. m. b. H., Berlin SO 36, Elisabethufer 23/29.